

# HOCHSCHUL-DIENST

INFORMATIONEN AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Herausgegeben von Dr. Josef Raabe in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft



AHRGANG XVII — NR. 23

Bonn, 8. Dezember 1964

AUSGABE A

## Wie soll es weiter gehen?

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft befürchtet ein geringeres Spendenaufkommen für 1964

HD — Die Erkenntnis der Bedeutung von Wissenschaft und Forschung hat im zu Ende gehenden Jahr — zumindest oberflächlich betrachtet — in der Bundesrepublik eine weitere Steigerung erfahren. Überall, in Zeitungen und Zeitschriften, im Rundfunk wie im Fernsehen, im Parteiprogramm wie in der Reklame lasen oder hörten wir immer wieder die Worte „Wissenschaft“ und „Forschung“. Kein Wunder also, wenn der Stifterverband, dessen Öffentlichkeitsarbeit ja zu einem erheblichen Teil diese starke Publizität von Hochschule und Forschung zuschreiben ist, in einer besonderen Erhebung feststellen konnte: 58% der Bevölkerung sehen die wissenschaftliche Forschung als lebenswichtig für unsere Wirtschaft und damit für unser aller Existenz an!

Aber wie steht es nun mit der Konsequenz aus dieser Einsicht? Etwa so wie in den USA, wo auch der kleine Mann sein Scherflein freiwillig und ohne Aufforderung spendet?

Wie man kürzlich auf einem Presseabend des Stifterverbandes hörte, sind die Erfahrungen bei uns leider immer noch so, daß ganze Teile der Wirtschaft, die doch zuerst begreifen müßte, daß sie nur durch die wissenschaftliche Forschung lebens- und konkurrenzfähig bleiben könnte, immer noch abseits stehen, wenn es gilt, durch freie und nicht zweckgebundene Mittel zu helfen. Und das trotz aller Möglichkeiten, die der Staat durch Steuerbegünstigungen bietet.

Wie aus einer Spendenanalyse des Stifterverbandes zu ersehen ist, hätte die volle Ausnutzung der 10%-igen Steuervergünstigung für Wissenschaftszwecke im Bereich der Gewerblichen Wirtschaft für das Jahr 1963 mit Sicherheit einen Betrag von mindestens 4 Mrd. DM ergeben. Und schon die Befolgung der bescheidenen Empfehlung des Stifterverbandes, 1% des Gewinnes für die allgemeine Forschungsförderung zur Verfügung zu stellen, hätte auch noch den Betrag von 400 Mio. DM erbracht, dem gegenüber das tatsächliche Spendenaufkommen des Jahres 1963 mit rund 25 Mio. DM nur einen Bruchteil obiger Summe darstellt. Wie man aus diesen Zahlen unschwer erkennen kann, werden die steuerlichen Spendenmöglichkeiten von der Gewerblichen Wirtschaft leider nur in einem sehr unbedeutenden Maße für freie Spenden an die Wissenschaft in Anspruch genommen.

Für das Jahr 1964 besteht nun aber sogar die ernsthafte Gefahr, daß das Spendenvolumen, das vom Stifterverband mit 27 Mio. DM veranschlagt worden war, nicht voll erfüllt werden kann, denn bereits Ende November war ersichtlich, daß — unter Einbeziehung der Beträge, die noch ausstehen — im Jahre 1964 3 Mio. DM (also mehr als 10% des gesamten Aufkommens) weniger an Spenden aufgebracht werden. Verbandsdirektor Dr. Nord stellte dazu fest, daß für dieses niedrige Spendenergebnis sicherlich nicht die konjunkturelle Lage der deutschen Wirtschaft verantwortlich gemacht werden könne; es fehle in der Industrie ja auch nicht an der Bereitschaft, für ihre werks-eigene Forschung (d.h. für reine Zweckforschung) die notwendigen Mittel bereitzustellen. So weit sei ja nun in der Wirtschaft die Erkenntnis immerhin durchgedrungen, daß die Forschung von heute das Brot von morgen ist. Eine sichere Erklärung für die Stagnation in der Aufbringung freier Spenden konnte aber auch Dr. Nord nicht

geben. Nur einige Gründe konnte er aufzeigen, weshalb eventuell in diesem Jahr weniger gespendet wurde: so vielleicht die derzeitige politische Lage oder eine gewisse Spendenmüdigkeit. Wahrscheinlich fehle, so führte Dr. Nord aus, in vielen Bereichen der Gewerblichen Wirtschaft noch immer die grundsätzliche Bereitwilligkeit, Geld für gemeinnützige Forschung zur Verfügung zu stellen. Für diese Version sprächen auch einige Zuschriften an den Stifterverband. Ein Beispiel mag als symptomatisch aus der Vielfalt der Antworten herausgegriffen werden, die der Stifterverband auf seine Werbung erhielt: „Nach meiner Ansicht ist die Wissenschaftsförderung eine Aufgabe der deutschen Regierung, die dafür sorgen sollte, daß der deutschen Industrie die Unterlagen zur Verfügung gestellt werden, die notwendig sind, um im Konkurrenzkampf am Weltmarkt Schritt halten zu können“.

Wenn bei der oben genannten besonderen Erhebung des Stifterverbandes über die Einstellung zur Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung auch 58% der Befragten die Rolle von Forschung und Lehre als bedeutungsvoll für die Zukunft unseres Landes bezeichneten, so rechtfertigt doch die Antwort auf die zweite Frage nach der Bereitschaft zu einer Spende die Ansicht von Dr. Nord, daß die grundsätzliche Bereitwilligkeit, selbst etwas zur Förderung der Wissenschaft zu tun, immer noch fehle. 54% der Befragten erklärten nämlich, daß sie nicht bereit seien, einen freiwilligen Beitrag zur Förderung von Forschung und Lehre zu leisten. Die vom Stifterverband selbst ausgearbeitete Spendenanalyse für das Jahr 1963 unterstreicht die betrieblliche Erkenntnis: Deutschlands Wirtschaft ist in Bezug auf die Forschung immer noch nicht weitsichtig genug und daher zu finanziellen Opfern für Wissenschaft und Forschung nicht bereit!

Von rund 1,6 Millionen Gewerbebetrieben in der Bundesrepublik sind nur 2313 (= 0,2% sämtlicher deutscher Gewerbebetriebe) Mitglieder des Stifterverbandes. Bezieht man diese Zahl auf die 100 000 ertragreichsten Gewerbebetriebe, so ergibt sich, daß noch immer nur 3,2% davon potentielle Förderer des Stifterverbandes sind. Es wird zwar 35,7% aller Aktiengesellschaften Mitglied, aber da-

### INHALT

Empfehlung des Wissenschaftsrates für Pharmazie-Studienreform . . . . .	2
Sind Deutschlands Hochschulbauten zu teuer? . . . . .	3
Das Engagement des persönlichen Interessesses als Voraussetzung des Rationalisierens von Lehren und Lernen . . . . .	5
Lage und Aufgabe der wissenschaftlichen Hochschulen heute! . . . . .	7
Feierliche Amtseinführung des Gründungsrektors in Regensburg . . . . .	8
50 Jahre Deutsch in Indien . . . . .	9
Kanzler soll Wissenschaftskabinett bilden . . . . .	10
Wissenschaftspolitik auf dem SPD-Parteitag . . . . .	11
Kurz berichtet . . . . .	12

für nur 1,5 % der 46 800 GmbH. Von den fast insgesamt 50 000 Kapitalgesellschaften sind ebenfalls nur ca. 730 (= 1,5 %) bereit, der Empfehlung des Stifterverbandes zu folgen und je nach Rechtsform 1 % der Dividende oder des Gewinns oder zwei Promille des gesamten Umsatzes als freie Spenden an den Stifterverband zu vergeben. Weiter bringt diese Analyse zutage, daß es 71 Unternehmen mit insgesamt rund 15 Mio DM an freien Spenden sind, die 63,5 % des Gesamtaufkommens an freien Spenden aufbringen.

Der Stifterverband sucht jedoch nicht nur in der geringen Bereitwilligkeit der Gewerblichen Wirtschaft die Schuld für die Stagnation. Die an und für sich berechtigte Hoffnung, daß durch eine intensive Werbung sowohl bei Firmen wie auch bei Privatpersonen die Spendenfreudigkeit vergrößert werden könnte, ist fehlgeschlagen. So wurden vom Stifterverband im Zeitraum von 1961 bis 1963 in 14 614 Werbeschreiben die verschiedensten Firmen mit der Bitte um Erwerb der Mitgliedschaft im Stifterverband mit einem jährlichen Mindestbeitrag von 500,— DM angesprochen. Der Erfolg hat diesen Aufwand nur zu

einem geringen Teil gerechtfertigt: 317 neue Mitglieder konnten gewonnen werden.

In noch viel geringerem Maße hatte der Stifterverband, der sich ja als Gemeinschaftsaktion der Gewerblichen Wirtschaft, wie er sich auch in seinem Untertitel bezeichnet, in erster Linie an Unternehmen und Verbände der Wirtschaft richtet, mit der Einzelwerbung Erfolg gehabt. 18 228 Werbeschreiben an einzelne Persönlichkeiten ohne Berücksichtigung der Berufszugehörigkeit hatten nur zu 1,28 % ein positives Ergebnis: 233 neue Mitglieder traten dem Stifterverband bei.

Es mutet eigentlich verwunderlich an, daß die Gewerbliche Wirtschaft, die bereits erkannt hat, wie wichtig die werkseigene Forschung für ihr Unternehmen ist, in nur so geringem Maße bereit ist, freie Spenden, die ihr im Endeffekt auch wieder zugute kommen, an Wissenschaft und Forschung zu geben. Nach den Worten von Dr. F. E. Nord wird aber der Stifterverband in seinen Bemühungen trotzdem nicht nachlassen und die größten Anstrengungen unternehmen, um die noch fehlende Summe für das laufende Jahr zu erbringen.

## Empfehlung des Wissenschaftsrats für Pharmazie-Studienreform

Ergänzungen der Empfehlungen 1960 sind für nächstes Jahr zu erwarten

HD — Einen großen Bericht über die Lage der deutschen Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen wird der Wissenschaftsrat Anfang des nächsten Jahres der Bundesregierung, den Ländern, politischen Parteien und der Öffentlichkeit vorlegen. Dieser Bericht stellt die Ergänzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen an den wissenschaftlichen Hochschulen aus dem Jahre 1960 dar. Wie man durch den Präsidenten des Wissenschaftsrates, Prof. Dr. Raiser, bei einem Pressegespräch am 3. 12. erfahren konnte, ist die Ausarbeitung dieses Berichtes bereits abgeschlossen und Ende November von der Plenarversammlung des Wissenschaftsrates angenommen worden. Dieser Bericht, der 364 Institute umfaßt, die im Jahre 1963 Ist-Ausgaben in Höhe von 800 Mio. DM und einen Personalbestand von 28 000 Beschäftigten (davon 7500 Wissenschaftler) hatten, gliedert sich in drei große Teilbereiche:

1. Die Forschungsinstitutionen außerhalb der Hochschulen (mit eingeschlossen die Bundesforschungsanstalten);
2. die Museen, soweit sie nicht volkswirtschaftliche Institutionen sind, sondern Forschung betreiben und
3. die Wissenschaftlichen Akademien.

Erstellt wurde dieser Bericht, um einen Überblick über die organisatorische, personelle und finanzielle Lage der einzelnen Forschungsinstitute zu erhalten und eine bessere und vorausschauendere Planung zu ermöglichen. Der Bericht selbst wurde in einzelne Forschungsgebiete aufgeteilt, die dann in die einzelnen Disziplinen weiter unterteilt sind.

Im Laufe dieses Jahres hat der Wissenschaftsrat aber auch die Lage der Universitäten und Hochschulen nicht außer acht gelassen und durch eine im Sommer durchgeführte Fragebogenaktion — das Material wird zur Jahreswende zurückerwartet — zu erforschen versucht, welche Entwicklung die deutschen Hochschulen seit der Empfehlung des Wissenschaftsrates aus dem Jahre 1960 genommen haben. Die Erfahrung hat nämlich gezeigt, daß sich die Situation seit 1960 sehr verändert hat und daß man z. B. mit dem damals vorgeschlagenen Bauvolumen von 2,6 Mrd. DM für 5 Jahre kein Auslangen fand, um alle Hochschulpläne durchzuführen. Zu den Empfehlungen aus dem Jahre 1960 konnte Prof. Raiser noch bemerken, daß von den 1200 vorgeschlagenen neuen Lehrstühlen bisher 1000 geschaffen wurden, aber nicht festgestellt werden konnte, inwieweit sie auch besetzt wurden.

Wie Prof. Dr. Raiser weiter berichtete, arbeitet zur Zeit eine Kommission des Wissenschaftsrates an einer Empfehlung über die Bildung von Forschungsschwerpunkten. Der Wissenschaftsrat sei nämlich der Meinung, daß Deutschland es sich nicht leisten könne, an allen Universitäten und Hochschulen auf allen Zweigen der Wissenschaft Forschung zu betreiben, ohne auf vielen Gebieten in den Rückstand gegenüber anderen Ländern zu kommen. Die sicher interessante, sehr wichtige und schwierige Behandlung dieses Themas würde die Kommission noch zwei Jahre hindurch in Anspruch nehmen.

Die Studienreform, die ein Teilgebiet der Hochschulreform darstellt, wurde in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates aus dem Jahre 1960 nicht behandelt, da man

damals der Meinung war, vorerst für die materiellen Voraussetzungen zum Ausbau unserer Hochschulen Sorge tragen zu müssen. Die Studienverlängerung an den deutschen Hochschulen habe aber gezeigt, daß durch die bisherigen Notmaßnahmen — bauliche Ausweitung und eine Vermehrung der Lehrstühle — keine Abhilfe geschaffen werden konnte. Die Verlängerung des Studiums sei daher nicht nur ein Ausfluß der Überfüllung unserer Hochschulen, sondern symptomatisch dafür, daß die Struktur unserer Universitäten, die — wohl mit gewissen Änderungen — aus dem 19. Jahrhundert übernommen wurde, den gesellschaftlichen Verhältnissen und Erfordernissen der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts nicht mehr entspräche. Aus der Erkenntnis heraus, daß die Studienverlängerung ihre Ursache nicht allein in der Überfüllung der Hochschulen hat, hat daher der Wissenschaftsrat begonnen, Empfehlungen für eine Studienreform auszuarbeiten.

Als erstes sollen Anfang des kommenden Jahres Empfehlungen zur Reform des Pharmaziestudiums erscheinen. Da man nicht an allen deutschen Universitäten Pharmazie studieren könnte, ergäben sich gerade bei dieser Studienrichtung große Zusammenballungen, die so zu einer Erschwerung des Studiums führten. Der Wissenschaftsrat schlage daher eine Differenzierung des Hochschulstudiums für Pharmazeuten vor. Seine Kommission sei zu der Auffassung gelangt, daß zum Verkauf von Medikamenten in den Apotheken kein wissenschaftliches Studium notwendig sei. Er schlägt hierfür als Ausbildung einen Studienweg vor, der ähnlich dem der medizinisch-technischen Assistenten sei. Das Universitätsstudium sollte in ein normales Studium, das mit dem Staatsexamen („Apotheker“) abschließt, und in ein Aufbaustudium mit einer wissenschaftlichen Vertiefung getrennt werden. Hinsichtlich dieser Vorschläge, die mit dem Bundesgesundheitsministerium abgestimmt seien, sei sich der Wissenschaftsrat durchaus im klaren, daß er mit diesen Vorschlägen große Kritik bei den Berufsverbänden der Pharmazeuten hervorrufen werde.

Prof. Dr. Raiser betrachtet diese Empfehlung auch als einen Testfall dafür, ob sich die Studien an unseren Hochschulen in Grund- und Aufbaustudien trennen lassen.

Hohen politischen Wellengang erwartet der Wissenschaftsrat von der Arbeit zweier Ausschüsse, die an einer Empfehlung für die Lehrerausbildung aller Schultypen arbeiten; zu dieser Frage, an der Westdeutsche Rektorenkonferenz und Wissenschaftsrat parallel arbeiten, sollen gemeinsame Beschlüsse gefaßt werden. Dieses Problem ist durch die in einigen Ländern bereits durchgeführte Angliederung der Pädagogischen Hochschulen an die Universität besonders aktuell geworden, wie Prof. Dr. Raiser ausführte. Außerdem ist nach seiner Ansicht der Studiengang für Lehrer an höheren Schulen an den Philosophischen Fakultäten bisher nicht genau festgelegt worden, und es soll daher ein Modell dafür erarbeitet werden. Sehr betrübt äußerte sich Prof. Dr. Raiser darüber, daß besonders die Neugründungen der Hochschulen seit 1960 langsamer vorangegangen seien als man angenommen hatte. Eine große Rolle spielten dabei die bei den Hochschulbauten aufgetauchten Finanzierungsschwierigkeiten,

# Sind Deutschlands Hochschulbauten zu teuer?

Der Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft diskutierte die Baukosten Wissenschaftlicher Hochschulen

HD — In den nächsten zehn Jahren werden in der Bundesrepublik nach vorsichtigen Schätzungen des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung von der öffentlichen Hand rd. 21 Mrd. DM für Ausbau und Neubau von Hochschulen aufgewendet werden müssen, ein Betrag, der sich durch den ständig steigenden Kostenindex auf dem Bausektor sicher auf 30 Mrd. DM erhöhen wird. Für die Errichtung neuer Hochschulen sind 8,3 Mrd. DM vorgesehen und zum notwendigen Ausbau der bestehenden Hochschulen 12,7 Mrd. DM. In diesem Rahmenplan sind die Vorschläge des Wissenschaftsrates zur Erweiterung der deutschen Hochschulen voll berücksichtigt. Nicht miteinbezogen in diese sehr respektable Summe ist dagegen der Bauaufwand, der für Forschungsstätten außerhalb der Hochschulen aufzubringen ist (Max-Planck-Institute etc.). Würden bei Ausbauten und Neubauten der Hochschulen alle Wünsche und Forderungen der Hochschulverwaltungen berücksichtigt, so würde eine Summe von 40 Mrd. DM in den nächsten zehn Jahren bestimmt nicht ausreichen. Unter Beachtung der steigenden Baukosten kommen auf den Steuerzahler im nächsten Dezenium jeweils 3 Mrd. DM pro Jahr zu, die von den Trägern der öffentlichen Hand, Bund und Länder, nur für die Errichtung von Bauten der deutschen Lehr- und Forschungsstätten aufzubringen sind.

Zunehmende Kritik in deutschen Zeitungen über die hohen Kosten der Bauten unserer Hochschulen — besondere Zielscheibe dieser Kritik war und ist die im Entstehen begriffene Ruhruniversität Bochum — veranlaßte die Gesprächsgruppe I des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft zu einem Gespräch über „Die Baukosten Wissenschaftlicher Hochschulen“ einzuladen. Unter der Leitung von Dr.-Ing. E. H. Kost sprachen über das Thema Experten von wissenschaftlichen Hochschulen, Ministerien (Bund und Länder) und der Parteien.

## Sind Deutschlands Hochschulbauten zu teuer?

Bei jährlichen Aufwendungen von durchschnittlich 3 Mrd. DM und bei der Größenordnung der voraussichtlichen Baukosten von Bochum — die Angaben schwanken von 1,8 Mrd. DM (Zahl des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums) bis zur doppelten Summe (Feststellung von Verbandsdirektor Dr. F. E. Nord/Stifterverband) ist es natürlich, daß das Interesse an einer zweckmäßigen Verwendung der Mittel groß ist, und die Kritik derer, die der Ansicht sind, daß zu aufwendig gebaut wird, auch dementsprechend scharf formuliert ist. Nur 10 % der Bochumer Baukosten — die 2 Milliarden-Grenze überschreiten sie sicher — eingespart, ergäbe einen Betrag von 200 Mio. DM. Allein mit dieser Einsparung könnten einige große Forschungsvorhaben finanziert oder auch einige Institute ausgebaut werden. Erfährt man außerdem noch, daß in anderen Ländern um einen Betrag in dieser Höhe (200 Mio. DM) mehrere Hochschulen gebaut werden (z. B. St. Gallen, 1200 Studenten, Baukosten 13 Mill. SFR) und daß diese Hochschulen von Fachleuten zwar als spartanisch, jedoch als modern und architektonisch zweckmäßig geplant beschrieben werden, so wird niemand bestreiten, daß die Frage berechtigt ist, ob die Baukosten Wissen-

die auch durch die im Jahre 1964 beschlossenen Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern nicht beseitigt werden konnten. Für das kommende Jahr seien im Rahmen des Verwaltungsabkommens vom Bund nur 300 Mio. DM vorgesehen, obwohl die Länder 500—600 Mio. DM anfordert hätten. Im Verwaltungsabkommen über die Neugründungen von Hochschulen seien außerdem die Medizinischen Akademien und die Universitätskliniken nicht mit einbezogen. Die Länder müßten daher diese Bauten aus eigenen Mitteln finanzieren.

Besondere Sorgen bereitet Prof. Dr. Raiser die Bundestagswahl im nächsten Jahr. Er befürchtet, daß die Förderung des Ausbaues unseres Bildungswesens durch andere, weniger wichtige Bereiche in den Hintergrund gedrängt werden. Der Bundestag und die in ihm vertretenen Parteien überschlugen sich derzeit, möglichst allen Bevölkerungsschichten Wahlgeschenke zu verteilen. Um Wählerstimmen zu gewinnen, würden nach Meinung von Prof. Dr. Raiser im nächsten Jahr sicherlich wieder viele der Vorstellungen, die die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Erhaltung unserer Wirtschaftskraft anerkennen, über Bord geworfen.

schaftlicher Hochschulen in Deutschland in dieser Höhe allein durch die spezielle Zweckmäßigkeit der Bauten und durch ihre besondere funktionelle Ausnutzung voll gerechtfertigt sind.

In seiner Einleitung zum Thema dieses Gesprächskreises zeigte Dr. Kost an Hand einiger Beispiele auch sehr realistisch auf, in welchem Verhältnis die Baukosten für Hochschulen im Ausland (Frankreich, Schweiz, Niederlande) zu denen Deutschlands — speziell Bochums — stehen. So hat z. B. der Bau der Hochschule in Lyon vor einigen Jahren nur 21 Mio. DM gekostet. Heute wäre sicher ein Betrag von 50—60 Mio. DM notwendig; dennoch nur ein verschwindend Bruchteil der Ausgaben für die Ruhruniversität Bochum. In dieses Horn der Kritik an Bochum stieß im übrigen vor einigen Wochen auch Prof. Dr. Friedrich Edding/Frankfurt/Berlin (s. HD Nr. 19/64), als er in einem Vortrag bemängelte, daß die Kosten für den Aufbau der Ruhruniversität viel zu hoch veranschlagt wären. Er rechnete die Gesamtkosten um auf die Aufwendung pro Studentenplatz — für Bochum ergibt dies 200 000,— DM pro Platz — und stellte fest, daß dieser Betrag das Fünffache dessen ergäbe, was die Amerikaner beim Neubau einer Universität für einen Studentenplatz vorsähen.

Woran liegt es nun eigentlich, daß Deutschlands Hochschulbauten so teuer sind? Diese Frage zu klären hatte sich der Gesprächskreis als Thema gestellt. Mangels geeigneter Unterlagen und Untersuchungen hat Dr. Nord/SV eingangs versucht, durch einen ganzen Fragenkomplex, den er zur Diskussion vorlegte, Licht in das Dunkel der Ursachen der astronomischen Kosten für den Bau einer Hochschule zu bringen.

In neun Fragen ist nach seiner Ansicht der Grund dafür zu suchen, daß Deutschlands Baukosten so stark von denen des Auslandes abweichen:

1. Ist die Planung generell in Ordnung? Erfolgt die Ausschreibung ordnungsgemäß und wird der Zuschlag jeweils richtig vorgenommen?
2. Werden vorhandene Baukapazitäten entsprechend ausgenutzt?
3. Wird vielleicht das Baumaterial innen und außen etwas zu aufwendig gewählt und könnte nicht auch mit billigeren Materialien der gleiche Effekt erzielt werden?
4. Könnte es auch der Fall sein, daß Änderungswünsche während des Baues — sei es von seiten der zu berufenden Professoren, sei es durch überschnelle Planung — die Kosten in einem besonderen Umfange erhöhen?
5. Ist nicht auch die Frage sehr berechtigt, ob auf die künstlerische Ausgestaltung allzu großer Wert gelegt wird?
6. Könnten nicht durch eine sinnvolle Normung, eine Vereinheitlichung und eine Typisierung nicht nur Kosten während des Baues eingespart werden, sondern vielleicht auch laufende Unterhaltskosten?
7. Wird immer der richtige Standort für eine Universität gewählt, oder sind die Grundstückspreise in Deutschland überhöht?
8. Inwieweit werden die Bauten besonders repräsentativ gestaltet, um die Hochschule als ein geistig-wissenschaftliches Zentrum besonderer Art zu gestalten, das Kapazitäten auf ihrem wissenschaftlichen Arbeitsgebiet anzieht?
9. Welche Mittel müssen aufgewandt werden, um von der Universität bis zum Stadtkern eine Verkehrsverbindung zu schaffen, sei es durch Straßen oder auch durch andere Verkehrsmittel?

Die Diskussion um diese Fragen hat bewiesen, daß eine allgemein gültige Antwort auf die aufgeworfenen Probleme nicht ohne eine sachgerechte Kostenanalyse gefunden werden kann. Einige sicherlich sehr interessante Aspekte, die aufgetaucht sind, werden dazu beitragen können, daß man nun von seiten der öffentlichen Hand an die Durchführung einer genauen Kostenanalyse herangehen wird. Internationale Vergleiche franken aber daran, daß keine richtige Vergleichsbasis gefunden werden kann.

Durch eine abgeschlossene Vorplanung könnten nach den Worten von Prof. Dr. Bach/TH München auch bei uns sicher viele Kosten eingespart werden, auch durch eine richtige Ausnutzung der örtlichen Baukapazitäten. Zur Materialfrage und zu einer sinnvollen Normierung gab er

zu bedenken, daß der Bau mit Fertigteilen nur dann billiger zu stehen komme, wenn man diese in großen Stückzahlen anfertigen könne; Fertigteilbau könnte aber auch im Winter bedeutend billiger durchgeführt werden.

Ein besonders wichtiger Faktor, der bei der Neuerrichtung einer Universität zu bedenken sei, ist nach Ansicht des Bonner Kanzlers Freiherr v. Medem der, daß der Ausbau einer Medizinischen Fakultät einschließlich der Universitätskliniken 50% der Gesamtkosten — Naturwissenschaftliche Institute mit eingeschlossen — ausmacht. Die Ausnutzung von vorhandenen Krankenanstalten und deren Ausbau zu Universitätskliniken trage daher in großem Umfange dazu bei, den Bau einer neuen Universität bedeutend billiger zu gestalten. Die Verwendung modernster technischer Bauverfahren führe zu einer Beschleunigung des Baues, womit einer schleichenden Steigerung der Lohn- und Materialkosten ausgewichen werden könne. Eine rationelle und funktionelle Gestaltung der Raumprogramme könnte ebenfalls viel unnötige Kosten ersparen helfen.

Eine Erschwernis und eine spürbare Verteuerung aller öffentlichen Bauten ergibt sich daraus, daß vor Zuschlag der ersten Baurate durch die Finanzministerien bereits der gesamte Kostenaufschlag für einen Bau, der sich über einige Jahre erstreckt, erstellt sein muß. Dies zieht eine kostentreibende Wirkung mit sich, denn die Versuchung für die Baufirmen ist sehr groß, in ihren Kostenvorschlägen erhöhte Forderungen und Preise auszusetzen, da man nicht in die schwierige Situation geraten möchte, bei Erhöhung gewisser Materialkosten Geld nachfordern zu müssen. Eine eklatante Schwierigkeit deutscher Hochschulbautenplanung liegt auch darin, daß die Einzelpläne bis zur Beschlußfassung durch die Parlamente eine Fülle von Instanzen durchlaufen müssen. Eine Universität kann ein Raumbedarfsprogramm für Forschung, Lehre und Verwaltung aufstellen, das stark überhöht angesetzt ist, und in den Kultusministerien fehlen die Fachleute, die diese Programme auf ihre Sachgerechtigkeit überprüfen könnten. Der Instanzenweg verhindert eine elastische Planung. Dr. Mencke-Glückert/Ministerium für wissenschaftliche Forschung, schlug daher vor, daß für die Errichtung von Hochschulbauten, die eine Großplanung erfordern, ein „Generalunternehmer“ eingesetzt werde. „Eine sachgerechte Planung von Hochschulbauten kann nicht durch Leute ohne Fachkenntnis erfolgen, denn ein Chemielabor kann nicht mit dem Instinkt für Schönheit eines Architekten funktionell geplant werden.“ Am Beispiel Englands bewies Dr. Mencke-Glückert, daß die Baukosten durch Erstellung eines funktionellen Raumprogrammes um 40% verringert und auf Jahre stabilisiert werden. Er vertrat zwar die Ansicht, daß das englische System einer funktionellen Kostenanalyse für Schulbauten nur schwer auf Hochschulbauten übertragbar sei; ein Generalbauunternehmer für Hochschulen könnte aber ein Team von vielen Fachleuten (ohne Schönheitsarchitekten) beschäftigen, um die Planung durchzuführen; sie wären in der Lage, funktionelle Kostenanalysen in Teilbereichen auszuführen und die zweckmäßigste sowie auch gleichzeitig billigste Bauweise zu finden.

Wenn in der Diskussion festgestellt wurde, daß der Anteil einer Medizinischen Fakultät an den Kosten des Baues einer Hochschule rd. 50% beträgt, so ist auch festzuhalten, daß der Anteil der zu errichtenden Bauten für die an der Hochschule zu betreibende Forschung ebenfalls 50% der Kosten ausmacht. Ein Vergleich mit dem Bauaufwand ausländischer Hochschulen wird auch durch diesen Aspekt erschwert, da diese zum Teil den Status einer reinen Lehrhochschule haben.

Der deutsche Föderalismus hat dazu geführt, daß alle deutschen Länder ihre eigene Hochschulplanung durchführen und daß für diesen Zweck auch in den einzelnen Kultusministerien oder Innenministerien eigene Planungsbüros unterhalten werden. Es ist aber anzunehmen, daß in den einzelnen Kultusministerien nicht immer die Fachleute vorhanden sind, die die Voraussetzungen für diese spezielle Planungsarbeit zur Durchführung eines Hochschulbaues erfüllen. Die Installierung einer gemeinsamen, von allen Ländern getragenen Stelle zum Austausch der Erfahrungen, die bei den einzelnen Universitätsplanungen gewonnen wurden, wäre daher sehr begrüßenswert; und eine Erweiterung dieser Institution zu einer Zentralplanungsstelle könnte zur Einsparung vieler Gelder beitragen. Für ein Geisteswissenschaftliches Institut wird doch in Bayern sicherlich derselbe Raumbedarf herrschen wie in Nordrhein-Westfalen, und auch die Anforderungen an die bauliche Ausstattung werden sich nur in unwesent-

lichen Punkten unterscheiden. Auch die Chemischen Lehr-labors oder Hörsäle werden funktionell in München nicht anders geplant werden können als in Hamburg. Etwas anderes ist die Sachlage bei der Gestaltung der Forschungsstätten für Chemiker. Hier kann es sein, daß besondere Wünsche eines Professors — bedingt durch sein Forschungsgebiet — zu berücksichtigen sind. Für viele Institute ließe sich aber sicher ein Modell schaffen.

Bundestagsabgeordneter Dr. Aschoff bezeichnete es als eine „Wirtschaftswunderpsychose“, daß Deutschlands Hochschulbauten so aufwendig durchgeführt würden und daß das Zweckmäßigkeitsdenken vollkommen außer acht gelassen werde. Gerade bei Standortfragen seien sehr oft politische Überlegungen für die Wahl eines Punktes oder einer Stadt ausschlaggebend.

Zur Verteidigung der Höhe der Ausgaben für den Bau der Ruhr-Universität Bochum gab Dr. Hallauer/Kultusministerium Nordrhein-Westfalen an, daß die Flexibilität des Baues, die z. B. von den Bochumer Bauherren gefordert wurde, da die Anforderungen an die Lehrstühle und an die Institute wechseln können, natürlich auch sehr viel Geld kostet. Die Räume wären daher so vor auszuplanen, daß sie für verschiedene Zwecke in späteren Jahren verwendet werden könnten; als Beispiel nannte er die dadurch entstehenden Kosten einer speziellen Schalldämmung.

Wenn über verschiedene Aspekte bei der Betrachtung eines Baukostenvergleichs zwischen Deutschland und dem Ausland gesprochen wird, so zeigt sich, daß die Ausnutzungskapazität in Deutschland durch die Semestereinteilung des Studiums eine viel geringere ist, als in den Ländern, die eine Trimester-Einteilung haben. Dies erfordert ein Mehr an Räumen. Ein genaues Belegungsprogramm und eine Mindestausnutzung sämtlicher Räume müßte festgestellt werden. Durch die Verpflichtung der Professoren, auch noch zu etwas ungewöhnlicheren Zeiten als nur von 8—16 Uhr zu lesen, könnte z. B. der Bau gewisser Hörsäle sicher eingespart werden.

Abschließend kann man sagen: Die Diskussion hat ergeben, daß man in Deutschland die Kosten nicht ganz im Griff hat, einerseits bedingt durch den Föderalismus, andererseits dadurch, daß noch keine funktionelle Kostenanalyse deutscher Hochschulbauten durchgeführt werden

Sie fragen — wir antworten

## Wozu dient ein BHW-Darlehen?



Ein BHW-Bausparvertrag hilft Ihnen, wenn Sie ein Ein- oder Mehrfamilienhaus bauen oder kaufen wollen, wenn Sie ein Baugrundstück, eine Eigentumswohnung oder ein Dauerwohnrecht zu erwerben wünschen.

Und wenn Sie bereits Hausbesitzer sind, finanziert Ihnen ein BHW-Bausparvertrag Um- und Ausbauten, Reparaturen und Verbesserungen des Gebäudes und hilft Ihnen Baudarlehen abzulösen.

Fordern Sie noch heute unser kostenloses Sonderheft »Heimstätten« an, das Sie über alle besonderen Vorteile informiert, die nur das BHW als gemeinnützige Bausparkasse bietet.



**Beamtenheimstättenwerk**  
Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst  
325 Hameln • Kastanienwall • Telefon: (05151) 7401

konnte. Eine Zentralstelle, die eine Statistik der genauen Kosten aufstellt und die auch ein Baukostenmodell schafft, wäre wünschenswert. Wie eine solche Kostenanalyse auszusehen hat und worauf man sich dabei beziehen kann, steht noch nicht fest. Eine gewisse Typisierung, die Einführung eines Hochschul-Modells muß auch nicht unbedingt dazu führen, daß unsere Universitäten dann wie Reihenhäuser aussehen. Sicher lassen sich die Mensen und ihre Kucheneinrichtungen, Hörsäle, gewisse Institute an allen Hochschulen gleich ausführen. Solche gemeinsamen Planungen würden zu keinem Zentralismus und damit zu einem Abbröckeln des Kulturföderalismus beitragen, sondern wären eine Hilfe für die Planer der Hochschulaus- und Neubauten in den einzelnen Ländern. Der Gesprächskreis fordert daher eine gemeinsame Beratungsstelle für Neu- und Zubauten. Diese Beratungsstelle hätte eine Koordinierung aller Hochschulbaupläne durchzuführen und die daraus gewonnenen Ergebnisse an die einzelnen Stellen weiterzugeben.

Dies bedeutet, daß zu einem Zeitpunkt, wo bei uns erst Untersuchungen angestellt werden müssen, im Ausland bereits Modelle bestehen. Die Frage: Sind Deutschlands Hochschulbauten zu teuer — oder wenn man es geschwächt ausdrücken will: zu aufwendig — konnte nicht beantwort-

tet werden. Aber nicht deshalb, weil der Fragenkomplex, der damit im Zusammenhang steht, zu groß gewesen wäre, sondern einfach nur, weil statistische Unterlagen bisher fehlen, weil die notwendigen Kostenanalysen noch nicht durchgeführt wurden und weil auch gewisse Vergleiche mit dem Ausland aus verschiedensten Erwägungen (an einigen ausländischen Hochschulen wird keine Forschung betrieben) nicht gezogen werden können. Sicher wurden einige gültige Antworten dafür gegeben, welches die Voraussetzungen für ein kostensparendes Bauen sind. Es liegt jedoch an den einzelnen Ländern, ob sie bereit sind, die Erkenntnisse, die in einem anderen Lande beim Bau einer Hochschule gewonnen wurden, auch für ihre Zwecke auszunützen, oder ob rein emotionelle oder politische Gründe dafür ausschlaggebend sind, daß auf Länderebene ein neuer Hochschulbau mit neuen Leuten, die nicht immer die richtige Sachkenntnis mitbringen, geplant, durchgeführt und beaufsichtigt wird. „Wenn in der Bundesrepublik auch im Bereich der Hochschulen wirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Grundsätze angewendet würden, könnten viele Probleme des Hochschul- und Schulwesens, der Ausbildungs- und Bildungsarbeit viel leichter gelöst werden“ (Prof. Edding s. HD 19/64).

## Das Engagement des persönlichen Interesses als Voraussetzung des Rationalisierens von Lehren und Lernen

Von Prof. Dr. Friedrich Edding

Die öffentlichen Ausgaben für Schulen und Hochschulen sind in der Bundesrepublik Deutschland von 2,5 Mrd. DM in 1950 auf 5 Mrd. DM in 1955 und auf über 8 Mrd. DM in 1960 gestiegen. Sie dürften im Jahre 1964 den Betrag von 12,5 Mrd. DM erreichen. In diese Zahlen sind die Ausgaben für Hochschulkliniken wegen der hohen Eigeneinnahmen dieser Anstalten nicht eingeschlossen. Es sind ferner nicht darin enthalten die Ausgaben für Forschungsinstitute außerhalb der Hochschulen, die Eigenausgaben der privaten Schulen, die beträchtlichen Ausgaben von Betrieben und Organisationen für Lehrzwecke. Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, daß zu den genannten Ausgaben der Gegenwart der infolge von Lernzeiten nicht produzierten Güter und Dienste hinzuzudenken ist. Zu der Zeit (und den Bezügen) der Lehrer und Ausbilder tritt die Zeit der Lernenden (Ausfall von Bezügen) als sehr ernst zu nehmender indirekter Kostenfaktor. Je mehr sich das systematische Lernen in die Jahre der Erwerbsfähigkeit ausdehnt, desto höher wird dieser Betrag des „entgangenen Einkommens“. Je nachdem, welche der hier angeführten oft vergessenen Kosten man in die Rechnung einbezieht, erhöht sich die Summe des Aufwands für Lehren und Lernen im Jahre 1964 von den genannten 12,5 Mrd. DM auf Beträge zwischen 20 und 25 Milliarden. Ein weiteres Anwachsen um Raten von real 4—6 v. H. jährlich dürfte für die absehbare Zukunft zu erwarten sein.

Schon diese Größenordnung des Aufwands läßt erkennen, daß seine Effizienz hohes Interesse verdient. Außerdem ist zu bedenken, daß von der Produktivität des Lehrens und Lernens die Produktivität aller übrigen Tätigkeiten in hohem Maße bedingt ist. Die Zeit, in der man den Bildungsbereich als eine pädagogische Provinz ansehen konnte, die sozusagen ihren Zweck in sich selbst erfüllte, ist vorbei. Der Gedanke der wechselseitigen Abhängigkeit der Entwicklungen von Bildung, Gesellschaft und Wirtschaft hat sich weitgehend durchgesetzt.

Um so mehr ist es erstaunlich, daß zwar viel von der notwendigen Steigerung der Bildungsausgaben und von ihrer hohen Bedeutung für das Wohlstandswachstum die Rede ist, jedoch sehr wenig von der Steigerung ihrer Produktivität. Soweit bekannt, gibt es in der Bundesrepublik niemanden, der sich intensiv mit dem Gesamtproblem der Rationalisierung und der Wirtschaftlichkeit im Bereich der Bildungseinrichtungen befaßt. Der in Generationen entstandene Reichtum betriebswirtschaftlicher Erkenntnisse und Praxis wird hier bisher fast ganz ignoriert. Dabei ist daran zu erinnern, daß die große Entwicklung der Wirtschaft in den letzten hundert Jahren nur zum kleineren Teil in der Ausdehnung des Anlagekapitals und der Beschäftigtenzahl begründet war. Entscheidend war die Steigerung der Produktivität dieser Inputs. Die Bildungseinrichtungen haben die Zunahme von Anlagen und Beschäftigtenzahlen mitgemacht. Ob aber die Produktivität

auch gestiegen ist, erscheint zweifelhaft. Sie ist sicherlich nicht entfernt in dem gleichen Maße gestiegen wie in der produzierenden Wirtschaft.

### Abbau des Vorurteils gegen Rationalisierung ist die erste Notwendigkeit

Gegen einen solchen Gedankengang wird sich lebhafter Widerstand von Seiten der Pädagogen äußern. Sie werden sagen, daß es sich in der Bildungsarbeit um einen jener Dienstbereiche handelt, für die es typisch ist, daß sich ihre Produktivität nicht so stark steigern läßt, weil hier für den Einsatz von Maschinen keine großen Möglichkeiten bestehen und die Massenproduktion nicht in Frage kommt. Darin haben sie recht. Ein wesentlicher und ganz entscheidender Unterschied ist nicht zu bestreiten. Wenn diese Verteidiger der pädagogischen Provinz aber weiter gehen und behaupten, daß es sich in der Bildungsarbeit um den Bereich des Unwägbaren handle, in dem die Orientierung an der Nützlichkeit und am Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag keine Rolle spielen dürfe, dann verschließen sie ihre Augen vor der Wirklichkeit und verlassen den Boden rationaler Argumentation<sup>1)</sup>.

Einige Beispiel mögen zunächst demonstrieren, daß es zum mindesten in den sogenannten äußeren Voraussetzungen der Bildungsarbeit erhebliche Möglichkeiten des Rationalisierens gibt. Dazu zählen vor allem die Organisation der Verwaltung, der Schulbau, der Einsatz von Lehrmitteln. Es gibt Verwaltungstechniken, insbesondere in der Personal- und Finanzverwaltung, die in den Betrieben der Wirtschaft, bei der Bundeswehr und bei einigen anderen Großorganisationen der öffentlichen Hand hochentwickelt, in der Schul- und Hochschulverwaltung aber nahezu unbekannt sind. Es ist ja auch nicht zu erwarten, daß Pädagogen oder Forscher, die zu Direktoren oder Rektoren werden, für die ihnen dann obliegenden Verwaltungsaufgaben vorbereitet sind. Wahrscheinlich kann sich ein Verwaltungsfachmann schnell in die besonderen Aufgaben einer Schule oder Hochschule hineinfinden. Umgekehrt ist das Resultat im Durchschnitt nicht befriedigend, wenn sich mit Verwaltung bis dahin nie befaßte Lehrer und Professoren nebenher die entsprechenden Kenntnisse aneignen müssen.

Eine Arbeitsteilung erscheint empfehlenswert, die zum mindesten in allen größeren Bildungseinrichtungen dem geschulten Verwaltungsfachmann neben dem Pädagogen einen Platz gibt. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für zahlreiche andere Notwendigkeiten der Rationalisierung. Solange sie fehlt, wird es zum Beispiel schwierig sein, den lang ausgebildeten Lehrer in all den Funktionen zu entlasten, die auch kürzer ausgebildete Bürokräfte und

1) Siehe zur weiteren Begründung der hier vorgetragenen Gedanken das Buch des Verfassers: Ökonomie des Bildungswesens — Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition. Rombach, Freiburg 1963 (mit Bibliographie).

Assistenten leisten könnten. Denn es setzt ja Verständnis für die Methoden der Arbeitsplatzanalyse und der Funktionenbewertung voraus. Ebenso ist wenig Hoffnung, daß ohne speziell geschulte Kräfte die Schulstatistik und die Personalübersicht so entwickelt werden, wie es erwünscht wäre. Letzten Endes hängen alle Rationalisierungsmaßnahmen in diesem Bereich davon ab, daß Personen da sind, die für Rationalisierung aufgeschlossen sind und sich dafür einsetzen. Soweit es sich um Verwaltungsmaßnahmen handelt, ist solches Engagement eher von Verwaltungspersonal zu erwarten als von Pädagogen.

### **Senken der Baukosten nicht ohne Kooperation der Behörden**

Wenn es in den zuständigen Verwaltungen hier und da einen Betriebswirt gäbe, dann wäre es auch unmöglich, daß in einer Größenordnung von gegenwärtig über 2 Mrd. DM jährlich gebaut wird, ohne daß vergleichende Kostenanalysen vorlägen. Der Verfasser hat seit fast einem Jahrzehnt versucht, solche Analysen zu erarbeiten, ist aber mangels Kooperation der Behörden, die über die Abrechnungen verfügen, bisher zu keinem Erfolg gelangt. Es wird geltend gemacht, daß alle Belege durch die zuständigen Instanzen, nicht zuletzt durch die Rechnungshöfe geprüft werden. Diese Prüfung beschränkt sich jedoch im allgemeinen darauf, die formale Korrektheit festzustellen. Für eine Prüfung der Wirtschaftlichkeit fehlt es den beteiligten Beamten in aller Regel an der dafür erforderlichen Spezialausbildung. Wer sich nur ein wenig mit der Baukostenanalyse befaßt hat, der weiß, daß es sich hier um eine außerordentlich schwierige Materie handelt. Das große Vorbild einer gelungenen und allgemeinen Praxis gewordenen Analyse des Schulbaus ist England. Seit dem Beginn der fünfziger Jahre ist im Londoner Bildungsministerium eine besondere Abteilung damit beschäftigt, Kostenanalysen und Rationalisierung bei Bau und Einrichtung von Schulen voranzutreiben. Es wird glaubhaft versichert, daß es dieser Abteilung gelungen ist, in einer Periode durchschnittlich stark steigender Baupreise die realen Kosten je Schülerplatz in zehn Jahren um rund 30 Prozent zu senken, das je Schülerplatz Gebotene aber zu verbessern. Standardisierung hat dabei eine Rolle gespielt, vor allem aber die auf Wirtschaftlichkeit bedachte Kalkulation.

Internationale Vergleiche lassen, ungeachtet aller noch vorhandenen methodischen Mängel, so drastische Differenzen der Einheitskosten im Schul- und Hochschulbau zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem umgebenden Ausland erkennen, daß daraus auf Rationalisierungsmöglichkeiten von großer Tragweite geschlossen werden kann. Aber wer soll die dazu nötige schwere analytische Arbeit leisten? Die Unterrichtsverwaltungen haben bisher kein Interesse daran zu erkennen gegeben, die Rechnungshöfe auch nicht. In England hat seinerzeit ein auch ökonomisch denkender Behördenchef einem interessierten jungen Mann eine Chance verschafft. Ersparnisse von Milliarden Mark oder Umleitung von unnötigen Ausgaben in Ausgaben für bis dahin nicht finanzierbare Schulwerkstätten, Schulküchen, Schwimmbäder und andere Sportanlagen wurden in England möglich durch das persönliche Engagement dieses Mannes, der sehr bald eine willige Gefolgschaft fand und dessen Methoden heute in vielen Ländern (außerhalb der Bundesrepublik) nachgeahmt werden.

Wenn hier von persönlichem Engagement die Rede ist, so ist zunächst ein Interesse gemeint, das den Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung ein offenes Verständnis entgegenbringt. Die Vorurteile gegenüber dem Zweck- und Leistungsdenken sind im Bereich der Bildungsarbeit weit verbreitet und sehr zählebig. Ein Rationalisierungsinteresse in der Personal- und Bauverwaltung zu erwecken mag noch am ehesten gelingen. Je mehr man aber mit solchen Vorstellungen in den Kern der Bildungsarbeit, nämlich in das Lehren und Lernen, vordringt, desto härter wird der Widerstand. Da in diesem Kernbereich ohne die volle Kooperation der Lehrer die „von oben“ angeordneten Maßnahmen keine Aussicht auf Erfolg haben, ist es entscheidend wichtig, dies Vorurteil abzubauen, es in interessiertes Mitgehen und wenn möglich in Initiativbereitschaft zu verwandeln. Die Pädagogen halten noch größtenteils daran fest, daß das Lehren und Lernen ein Vorgang nur zwischen Lehrer und Schüler sein muß, um gut zu gelingen. Je mehr unpersönliche, in großen Serien produzierte Mittel sich in diesen Vorgang einschleichen, desto geringer ist nach dieser Auffassung die bildende Wirkung. Darunter werden die nicht meßbaren Wirkungen verstan-

den, die über den Lerneffekt hinausgehen. Ob dies richtig ist, erscheint fragwürdig. Es ist vor allem deshalb zweifelhaft, weil es ja schon lange in Massen hergestellte Produkte wie Bücher, Landkarten und andere Demonstrationsmittel gibt, denen der bildende Wert nicht abgesprochen wird. Warum sollen die moderneren Mittel wie Sprachlabors, programmierte Kurse und Fernsehkurse nicht auch mindestens die Wirkung der traditionellen Lehrbücher haben können. Vor allem aber ist zu sagen, daß diese modernen Mittel geeignet sind, den Lehrer von dem Übermaß des Einübens und Repetierens freizustellen, so daß er mehr als bisher Zeit und Kraft hat, sich auf die pädagogischen Wirkungen zu konzentrieren, die als unwägbare gelten und denen der höchste Rang zugesprochen wird.

Es kommt also auch hier darauf an, eine vorgefaßte Meinung zu korrigieren, ehe es möglich sein wird, die modernen Lehrmittel der Rationalisierung in Schulen und Hochschulen nutzbar zu machen. Sie würden verstauben, wenn man sie ohne solche Vorbereitung einfach in großem Umfang installierte. Auch geht es nicht nur darum, durch Überzeugen den mit Mißtrauen gegenüber der Technik gemischten Widerstand gegen alles Rationalisierungsstreben im Bildungsbereich zu beheben. Es müssen auch Leistungsanreize geschaffen werden.

### **Leistungsprämien für Lehrer**

Fast alle Lehrer werden in einem früheren Zeitpunkt ihrer Laufbahn verbeamtet und haben danach in der Mehrzahl kaum noch Beförderungen oder Einkommenserhöhungen zu erwarten, die über das automatisch durch das Altern Zuwachsende hinausgehen. Auch die Beförderungen, die vorgenommen werden, berücksichtigen oft in erster Linie das Dienstalter, nicht jedoch die besondere Leistung. Die möglichen Beförderungen bedeuten außerdem in den meisten Fällen, daß Verwaltungsaufgaben übernommen werden müssen. Sie sind insofern kein Anreiz, das pädagogische Können und die fachliche Meisterschaft zu entwickeln.

Gerade darauf aber käme es bei Pädagogen an. Es ist ein Irrtum und eine idealistische Überforderung, wenn angenommen wird, daß diese Hunderttausende von Lehrern in der Mehrzahl bereit sind, immer das Beste zu leisten, sich ständig weiterzubilden, neue Methoden zu erlernen, wenn dafür in der Regel keine Prämie in Aussicht steht. Der Erfolg jedes Rationalisierungsstrebens in diesem Bereich ist davon abhängig, daß auch mit dem Mittel der Leistungsprämie persönliches Engagement geschaffen wird. Diese Forderung ist nicht leicht zu verwirklichen. Ein veraltetes gewerkschaftliches Denken, das nur lineare Einkommensverbesserungen anzuerkennen bereit ist, spielt auch in den Verbänden der Lehrerschaft noch eine erhebliche Rolle. Es kann sich darauf berufen, daß es sehr schwierig ist, die Leistung von Lehrern objektiv zu bewerten. Ansätze dazu gibt es in englischen und amerikanischen Schulen, wo sogenannte merit- oder evaluation-Systeme angewandt werden. Sie arbeiten mit Leistungstests, die bei Beginn und am Ende einer Lehrperiode vorgenommen werden. Sie berücksichtigen außerdem das Urteil des Schulleiters, der Aufsichtsbeamten und in manchen Fällen auch die Stellungnahme eines Personalaussschusses der Lehrer. Schließlich haben Zeugnisse über die Beteiligung an Fortbildungskursen großes Gewicht. Eine Kombination dieser Methoden erscheint wohl geeignet, zu brauchbaren Ergebnissen zu führen. Wenn es wirklich gewollt wird, dann läßt sich ein Weg finden.

Weil soviel auf dieses Wollen ankommt, sei die Bedeutung der Produktivitätsfrage noch durch ein Zahlenbeispiel beleuchtet. Von 1950 bis 1962 stiegen die laufenden Ausgaben für Schulen in der Bundesrepublik um 255 v. H. Das ist die Steigerung in jeweiligen Preisen. Berücksichtigt man die Preisveränderung und drückt die Erhöhung der Ausgaben in Preisen von 1954 aus, so beträgt die Steigerung nur 43 v. H. Dabei ist die Erhöhung der Lehrereinkommen als Preissteigerung angenommen, soweit sie die Erhöhung der Zahl der Lehrer (+ 35 v. H.) überstieg<sup>2)</sup>. Hat sich im starken Anstieg der Lehrereinkommen eine Produktivitätssteigerung ausgedrückt? Dafür gibt es kaum Anhaltspunkte. Es ist wahrscheinlicher, daß diese Steigerung als Anpassung an die Veränderung der Lebenshaltungskosten und vor allem an die Bewegung der Reallöhne zu verstehen ist, die in der übrigen Wirtschaft größtenteils auf eine wirkliche Produktivitäts-

<sup>2)</sup> Diese Berechnung ist einer noch unveröffentlichten Untersuchung von Dr. Günter Palm entnommen.

zunahme gestützt war. Gäbe es das Engagement, von dem hier die Rede ist, und wäre es weit verbreitet, dann wäre wahrscheinlich ein sehr viel kleinerer Teil in der ständigen Erhöhung der Lehrereinkommen bloße Anpassung, ein größerer Teil wäre volkswirtschaftlich echt verdient, nämlich als Steigerung des Beitrags zum realen Wohlstand.

Ein anderer Aspekt dieses Problems ist das Interesse der Lernenden. Es ist zum Teil direkte Folge des Engagements der Lehrer. Ein Meister der Pädagogik weiß die Motivierung in den Schülern zu schaffen, die Voraussetzung für den guten Erfolg des Unterrichts ist. Wo Wille und Interesse nicht geweckt sind, da nützen weder fachliches Können des Lehrers noch teure Lehrmittel etwas. Der Aufwand bringt dann keinen Ertrag. Dies trifft wahrscheinlich gegenwärtig auf einen großen Teil der in Schulen, Hochschulen und Lehrverhältnissen verbrachten Stunden zu. Lernpsychologie und Didaktik sind in schneller Entwicklung befindliche Wissenschaften, die es den Lehrern, die ernstlich wollen, ermöglichen, das Wollen auch in den Lernenden immer wieder zu wecken. Das ist etwas, was man nur sehr beschränkt durch Anordnungen und Schulaufsicht erreichen kann. Man benötigt dazu das, was man in der angelsächsischen Ökonomie einen *built-in-factor* nennt, in diesem Falle ein Laufbahn-Prämiensystem, das geeignet ist, Interesse und Leistungswillen der Lehrer ständig anzuregen.

In abgewandelter Art lassen sich diese Gedanken auch auf den Bereich der beruflichen Ausbildung im Betrieb anwenden. Die Ausbildungsleistung der Betriebe ist ja sehr unterschiedlich. Nimmt man das Können eines Facharbeiters oder Meisters als Maßstab und drückt das in der Lehrzeit Erreichte als Prozentsatz dieses Standardkönnens aus, so ergeben sich in den einzelnen Lehrbetrieben Differenzen bis zu 50 v. H. in der Leistung der Lehrlinge nach gleicher Zahl von Lehrjahren. Es wäre zu erwägen, die überdurchschnittliche Ausbildungsleistung steuerlich zu prämiieren. Das andere hier und da schon praktizierte Mittel, Lehrherren zu disqualifizieren, die in dieser Leistung ständig unter dem Durchschnitt bleiben, ist zwar auch sehr empfehlenswert, dürfte aber allein nicht genügen.

#### Lernurlaub für alle ermöglichen

Abschließend sei auf eine Möglichkeit der Produktivitätssteigerung des Lehrens und Lernens hingewiesen, die ich zuerst im September 1963 in einem Vortrag in der Kölner Industrie- und Handelskammer vorgetragen habe<sup>3)</sup>. Ich habe damals als ökonomische Grundregel produktiven Lehrens formuliert, daß es darauf ankomme, jedem das ihm Gemäße zu der für ihn richtigen Zeit zu bieten. Die richtige Zeit, so führte ich aus, fällt aber durchaus nicht immer in die Jahre, die üblicherweise für das systematische Lernen reserviert sind. Die Zeit des wachen Interesses und starken Lernwillens kommt bei vielen Menschen erst spät im Leben und dann ist es meist zu spät, weil Beruf und Familie die Möglichkeiten systematischen Lernens sehr einschränken. Ich habe deswegen vorgeschlagen, einen Fonds zu schaffen, aus dem unter bestimmten Voraussetzungen ein Lernurlaub für jedermann finanziert werden kann.

Dieser Vorschlag schließt an an eine schon seit zwei Jahren bestehende, von der Nürnberger Bundesanstalt ge-

3) Abgedruckt in: Das Studienseminar, H. 1, 1964, S. 15 (Diesterweg, Frankfurt).

tragene Maßnahme, die es Facharbeitern ermöglicht, aus öffentlichen Mitteln Auffrischungs- und Umschulungskurse zu finanzieren, wie sie im schnellen Wandel der Technik überall nötig sind. Der Gedanke ist nun, diese Maßnahme so zu erweitern, daß sie systematisch Ergänzungskurse aller Art allgemein ermöglicht. Wer geltend machen kann, daß er auf den übrigen heute offenen Wegen der Weiterbildung sein Bildungs- oder Ausbildungsziel nebenberuflich nicht erreichen kann, sollte das Recht haben, einen Lernurlaub aus einem öffentlichen Fonds zu finanzieren. Dieser Fonds sollte durch regelmäßige Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, möglichst auch durch Zuschüsse aus dem Haushalt des Bundes alimentiert werden. Es wäre daran zu denken, den Antragstellern etwa 80 v. H. des ihnen durch die Teilnahme an Kursen und dgl. entstehenden Einkommensausfalls zu erstatten.

Damit wäre Mißbrauch weitgehend ausgeschlossen. Es wäre eine große Sicherheit gegeben, daß die Nutznießer des Fonds versuchen werden, das Beste aus dem Lernurlaub zu machen. Man kann auch annehmen, daß diejenigen, die einen solchen Einkommensverlust akzeptieren, eine hohe Motivation zum Lernen und damit die wichtigste Voraussetzung für guten Lernerfolg mitbringen. In den Pflichtstunden, aber auch in Gymnasien und Hochschulen sitzen doch immer viele junge Leute, die nur mitmachen, weil sie müssen oder weil es so üblich ist. Das persönliche Engagement ist sehr oft gering und die durchschnittliche Produktivität des Aufwands für diese traditionellen Bildungseinrichtungen ist deshalb unbefriedigend. Zahlreiche Vorschläge (insbesondere vorgetragen durch den Bundestagsabgeordneten Dr. Dichgans) zielen dahin, diese traditionellen Schularten durch stoffliche Entlastung und durch Verkürzung der Normalzeiten zwischen Eintritt und Examen effizienter zu machen. Das ist sicherlich richtig und notwendig. Aber es bedarf der Ergänzung durch eine Institution, wie sie hier vorgeschlagen wird. Man kann die Studiengänge ruhig verkürzen und Stoff weglassen, wenn jeder die Chance hat, später nachzuholen und zu ergänzen.

Das Lernen in Stufen oder Intervallen, die sich mehr als bisher über die ganze aktive Lebenszeit verteilen, hat sicherlich große Vorzüge gegenüber einem System, das in wenigen Jugendjahren ein Maximum von Lernstoff in Köpfe zu pressen versucht, die dafür oft gar nicht bereit sind. Ein solches Verfahren würde auch weit besser als die bisherige Übung erlauben, die Bedürfnisse der beruflichen Praxis mit denen der Bildung und Ausbildung abzustimmen, Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Gesellschaft als Ganzes würden davon großen Nutzen haben und dürften deshalb auch für finanzielle Beiträge zu gewinnen sein. Auch dies wäre eine Maßnahme, die ebenso wie das vorgeschlagene System der Leistungsprämien für Lehrer zwar gut geplant sein müßte, aber vor allem als *built-in-factor* wirken würde. Wenn das persönliche Engagement auf die richtige Weise institutionell gefördert wird, dann ist es der beste selbsttätige Motor der Produktivität, der sich denken läßt.

Es wurde gezeigt, wie der Leistungswille bei Lehrenden und Lernenden durch Anwendung dieses Grundgedankens belebt werden kann. Starker Leistungswille ist die Voraussetzung für das Rationalisieren unserer Bildungseinrichtungen, sei es bei Verwaltung, Bau und Lehrmitteln, sei es im Kernbereich der Bildungsvorgänge zwischen Lehrern und Schülern.

## Lage und Aufgabe der wissenschaftlichen Hochschule heute

HD — In einem Vortrag vor dem „Bund der Freunde der Technischen Hochschule München“ zeigte Prof. Speer, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, auf, daß die vielfach verallgemeinernde negative Kritik an den Hochschulen dem wirklichen Sachverhalt nicht immer gerecht wird angesichts des Umfangs der neuen Aufgaben, die den Hochschulen durch Vermehrung des Wissensstoffes und der Studentenzahlen sowie durch die Spezialisierung gestellt sind.

Es entstehen nicht nur ständig neue Disziplinen, auch der Stoff wird differenzierter, die Zahl der Lehrstühle deshalb sehr viel größer. Die Raumfrage ist daher zu einem Faktor ersten Ranges für die Hochschulen geworden. Die Studentenlawine wächst auf lange Sicht weiter an infolge der Verwissenschaftlichung unserer Zivilisation. Den künftigen Bedarf an wissenschaftlich Gebildeten kennt man nicht. Auf Grund der gegenwärtigen Schulverhältnisse in

der Bundesrepublik ist — verglichen mit anderen Ländern — ein relativ geringes Ansteigen der Abiturienten zu erwarten.

Prof. Speer führte weiter aus, daß die Zahl der verfügbaren, als Hochschullehrer wissenschaftlich und menschlich qualifizierten Kräfte äußerst knapp sei, da Industrie, Wirtschaft und Großforschung, Ressortforschung der Ministerien, Wehrforschung usw. sehr viele dieser Kräfte beanspruchen.

Das Verhältnis von Universität und Staat ist nach Ansicht von Prof. Speer in ein Stadium besonderer Dringlichkeit getreten, da der Staat die geistige Ausrüstung der Jugend sachlich verwirklichen muß und da er die Wissenschaft zur Erforschung der neuen Möglichkeiten unserer sozialen Existenz braucht.

Hochschulreform ist für Prof. Speer ein ständiger Anpassungsprozeß, und er sieht in radikalen Änderungen der

# Feierliche Amtseinführung des Gründungsrektors in Regensburg

HD — Für die Universität Regensburg ist der 27. November 1964, der Tag der feierlichen Amtseinführung des Gründungsrektors der Universität, Prof. Dr. Freiherr von Pölnitz, ebenso bedeutungsvoll wie das Datum des 18. Juli 1962; an diesem Tage wurde Regensburg als 4. Landesuniversität Bayerns durch ein Gesetz des Bayerischen Landtages formell errichtet. Die feierliche Amtseinführung des Gründungsrektors, die im Reichssaal des alten Rathauses erfolgte, wurde durch den Staatsminister für Unterricht und Kultur, Dr. Huber, in Anwesenheit von Honoratioren der Hohen Schulen, des Bundes, der Länder, der Kirchen und des Fürstenhauses Thurn und Taxis vorgenommen. Bei der Feier übergab Ministerpräsident Dr. Goppel dem Gründungsrektor die Urkunde über das Eigentum des Universitätsgeländes. In seiner Inaugurationsrede „Regensburg, das historische Gesicht einer Stadt“, erklärte Prof. von Pölnitz, daß die neue Universität eine besondere Brückenaufgabe“ zu erfüllen habe.

## Platz für 6000 Studenten

Einige Tage vor der feierlichen Amtseinführung hatte der Bayerische Kultusminister vor dem Kulturpolitischen Ausschuß des Landtages einen Bericht über den Stand der Universitätsneugründung gegeben. Die neue Universität soll für 6000 Studenten auf einem etwa 14 ha großen Gelände mit 125 Lehrstühlen eingerichtet werden.

Magnifizenz Prof. Dr. Götz Freiherr von Pölnitz wurde zum Zeichen seiner neuen Würde durch den Prorektor und gleichzeitigen Vorsitzenden des Kuratoriums der Universität, Prof. Dr. Patat, die Amtskette, die eine Ehrenmünze trägt, überreicht. Das Medaillon der Kette zeigt auf seiner Vorderseite eine Ansicht der Stadt Regensburg mit der steinernen Brücke aus dem 18. Jahrhundert und trägt die Inschrift „Universitas Ratisbonensis“. Die Rückseite zeigt das große Bayerische Staatswappen mit der Inschrift „Freistaat Bayern“. Magnifizenz Pölnitz wurde gleichzeitig zum ersten ordentlichen Professor der neuen Regensburger Universität ernannt, und es wurde ihm auch der erste Lehrstuhl übertragen.

Nachstehend bringen wir einen Auszug aus der Rede des Kultusministers Dr. Huber anlässlich der Amtseinführung des Gründungsrektors:

... „Am 10. Juli 1962 ist vom Bayerischen Landtag das Gesetz beschlossen worden, das die Errichtung einer 4. Landesuniversität mit vollem wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrbetrieb in Regensburg vorsieht. Der ostbayerische Raum, kulturträchtig seit Jahrtausenden, aber bisher einer universellen Hochschule entbehrend, hat damit einen Mittelpunkt der Forschung und Lehre erhalten, der für die geistige und wirtschaftliche Entwicklung dieses Landesteils von höchstem Belang ist.

Es gilt in Regensburg nicht allein, eine Entlastung der bestehenden Landeshochschulen zu bewirken, von denen die Universität München mit 22 600 Studenten die weitest aus größte Hörerzahl aufweist, die eine deutschsprachige Hochschule jemals zu verzeichnen hatte. Darüber hinaus sind die Begabungsreserven zu erschließen, deren Heranziehung in dem harten Wettbewerb der europäischen Völker und erst recht der westlichen mit der östlichen Welt heute Erfordernis der Selbsterhaltung ist. Ein universitätsleerer Raum ist auszufüllen und sein geistiges Potential einer Entwicklung nutzbar zu machen, die nicht zuletzt auch seiner wirtschaftlichen Entfaltung dient. Zu

Organisation allein kein Allheilmittel. Als Hilfsmittel für eine Hochschulreform führte Prof. Speer an:

1. Eine weit vorausschauende Raumplanung und Finanzplanung.
2. Eine bessere personelle Ausstattung unter entsprechender Auflockerung der autokratischen Gegebenheiten in den Instituten und Kliniken. Es geht bei letzteren nicht um die Beseitigung einer natürlichen Rangordnung, als vielmehr um den Stil der Zusammenarbeit.
3. Studienreform durch Entrümpelung der Studienpläne und Prüfungsordnungen, frühzeitige Zwischenprüfungen, Gewinnung von Freizeit für Anregungen über das eigene Fachgebiet hinaus.
4. Vermehrung der Mittel für die Grundlagenforschung.
5. Beratung der Forschungsschwerpunkte zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft durch Selbstverwaltung.

der Gründung von Fabriken, der Ansiedlung von Industrien, der Eröffnung von Raffinerien muß die Heranbildung der geistigen Führungskräfte treten.

## Entlastung der Universität München

Die akademische Erschließung des niederbayerisch-oberpfälzischen Raums ist bisher die ungünstigste der ganzen Bundesrepublik gewesen. Im Durchschnitt liegt der Anteil der bei wissenschaftlichen Hochschulen immatrikulierten Studenten an der Wohnbevölkerung Deutschlands etwa um 3,3 v. T. In der Mehrzahl der Kreise Niederbayerns und der Oberpfalz beträgt der Anteil der Studierenden an der Wohnbevölkerung aber nur etwa  $\frac{1}{3}$  bis zur Hälfte des Durchschnitts im Bundesgebiet. Nur zwei Landkreise Niederbayerns und der Oberpfalz weisen wenigstens einen Satz von 2—2 $\frac{1}{2}$  v. T. Studentenanteil an der Gesamtbevölkerung auf und erreichen damit zwei Drittel des Bundesdurchschnitts. Ein Landkreis in der Oberpfalz hat den geringsten Prozentsatz aller Landkreise der Bundesrepublik mit einem Studentenanteil von nur  $\frac{1}{2}$  ‰.

Die Bedeutung dieser Erkenntnisse für die Neugründung Regensburg ist klar. Einer Region von 2 Millionen Menschen, deren studentische Jugend zum großen Teil die Superuniversität München stärker als vertretbar belastet hat, erhält ein ihr gemäßes Bildungszentrum. Bei einem Durchschnittssatz von 3,3 Studierenden auf tausend der Wohnbevölkerung würde die Universität Regensburg allein aus dem Bereich der ihr zugeordneten Region Niederbayern/Oberpfalz mit einem Zuzug von 6600 Studenten rechnen können. Die neue Universität wird auf eine Studentenfrequenz von 6000 angelegt. Doch sieht die Bauplanung eine Erweiterungsmöglichkeit auf das Eineinhalbfache bis Doppelte im Wege einer Verdichtung und Höherführung der Bauten vor. Voll gerechtfertigt ist dadurch auch die Gestaltung der Hochschule als einer Universität, die alle Fakultäten umfaßt, denn jeglicher Neigung und Begabung der Studierenden aus diesem weiten Raum muß entsprochen werden können. Neben dem Studium der Naturwissenschaften, das die Grundlagen der Technik umfaßt, und der Medizin wird auch die Ausbildung in wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen, sprachwissenschaftlichen und historisch-philosophischen Disziplinen möglich sein; nicht zuletzt in Rechtswissenschaft und Theologie.

## Modernes Gefüge der Fakultäten

Die philosophischen Bereiche der neuen Universität sind geteilt in eine Philosophisch-Historische und eine Sprachwissenschaftliche Fakultät, um auf diese Weise der Gefahr des Massenbetriebs schon im Fakultätsgefüge zu begegnen. Wenn sich in der Zukunft hier trotzdem nachteilige Ballungen zeigen sollten, werden die Bestimmungen der Verordnung vom Dezember 1963 über die Universität Regensburg Platz greifen, die es vorsehen, eine Fakultät in Abteilungen zu gliedern, und die Zusammenfassung gleicher oder verwandter Fachrichtungen in Fächergruppen gestatten. Etwa die Mathematik oder die Chemie oder die Physik in einer Naturwissenschaftlichen Fakultät oder die Alte, Mittlere, Neuere und Landes-Geschichte können auf diese Weise zu kleinen und arbeitsfähigen Einheiten zusammengeschlossen werden. Vergebens wird man auch sonst im jetzt erkennbaren Gefüge der Hochschule, die im Herzen des auf das Beharrende ausgerichteten Altbayern liegt, rückwärts gerichtete Züge suchen. Für die Verwaltung der Universität sieht die Verordnung von 1963 das moderne Kanzlersystem vor. Eine Verwaltungskommission ist vorgesehen, die als Bindeglied zwischen Rektor und Kanzler einerseits und der Gesamtheit der Professoren andererseits den Vorstellungen nachgebaut ist, die der Wissenschaftsrat in seinen letzten Anregungen über die Gestalt neuer Hochschulen entwickelt hat. Weitere Elemente einer neuzeitlichen Hochschulform sind die Doppelmitgliedschaft von Lehrstühlen in mehreren Fakultäten, übergreifende Zentralinstitute zur Behandlung interfakultativer Probleme und nicht zuletzt eine fortschrittliche und straffe Gestaltung des Studiums unter Beteiligung des akademischen Mittelbaus, wie es ebenfalls die Verordnung von 1963 vorsieht. Hierbei sind zur rationellen Ausnutzung der Studienzeit Studienpläne vorzusehen und Arbeitsgruppen unter besonderer Leitung, etwa von Tutoren, einzurichten. Studentische Arbeitsgemeinschaften sollen gefördert werden, doch hat der Student den Verlauf seines Studiums selbst frei zu gestalten.

## 1,4 Mrd. DM für den Aufbau der Universität veranschlagt

Seitdem der Gesetzgeber vor anderthalb Jahren gesprochen hat, ist eine Vielzahl von Maßnahmen erfolgt:

Die Auswahl eines Geländes von etwa 100 ha für die nicht-medizinischen Fächer und sein Erwerb, die Auswahl weiterer 50 ha für das künftige Klinikum, die Planung eines Universitätsgebäudes für verschiedene Institute und Lehrstühle, Sammelgebäude genannt; die Einplanung von 25 Lehrstühlen in den Entwurf des Staatshaushalts 1965; die Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gesamtgelände

— zunächst ohne den Klinikbereich, der einer späteren Ausbaustufe vorbehalten werden soll —; die Klärung des Standorts der Pädagogischen Hochschule Regensburg, die in sinnvoller Verbindung zum neuen Universitätsgelände stehen soll, und nicht zuletzt die Förderung der Finanzierung des gesamten Vorhabens.

Die Kosten der Gründung Regensburg werden jetzt auf 1400 Millionen geschätzt. Mit 800 Millionen soll der erste nichtklinische Teil der Universität Regensburg unter der Annahme einigermaßen stabiler Baupreise finanziert werden.“

# 50 Jahre Deutsch in Indien

Universität Poona, Zentrum der indischen Germanistik — Deutsche Festwoche mit Rudolf Hagelstange

In der indischen Universitätsstadt Poona, südöstlich von Bombay gelegen, hat man sich für ein Ereignis gerüstet, das in Deutschland nicht unbeachtet bleiben sollte. Poona war — neben Bombay — die erste Stadt des Subkontinents, in der indischen Schülern und Studenten Gelegenheit zum Erlernen der deutschen Sprache und zum Kennenlernen deutscher Literatur gegeben wurde. Die ersten jungen Poonenser, die Deutsch als Unterrichtsfach wählten, drückten vor genau 50 Jahren Schul- und College-Bänke. Sie halfen den Ruf Poonas als Zentrum der Germanistik in Indien begründen. 50 Jahre Deutsch in Indien — wie man es kurz formulieren könnte — sind ein Anlaß zum Feiern. Und Poona wird vom 21.—26. November im Zeichen einer „Deutschen Woche“ stehen.

Prominenter Besuch hat sich zu dieser „Deutschen Woche“ in Poona angesagt, zahlreiche Veranstaltungen verzeichnet der Festkalender. In Form von Vorträgen und Diskussionen werden die drei Dichtungsgattungen — deutsches Drama, deutsche Lyrik und Epik — in ihrer modernen Ausprägung behandelt, und als Anschauungsunterricht besonderer Art werden Szenen aus dem Werk Bert Brechts in einer Einstudierung des Goethe-Instituts in Poona aufgeführt. Über die moderne deutsche Lyrik spricht der Lektor des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) an der Universität Poona. Sein Referat ist als Einführung zur folgenden Dichterlesung gedacht, die — als einer der prominentesten Gäste — Rudolf Hagelstange halten wird. Auf einen „Indischen Tag“ der Festwoche mit einem Vortrag über „Kants Indienbild“ und einer „Sakuntala“-Aufführung folgt ein Tag, der dem Faust-Thema gewidmet ist, mit einem Referat über die Goethe-Zeit eingeleitet wird und mit einer Freilichtaufführung von Gründgens' Faust-Film unter dem Kreuz des Südens ausklingt. Über die „Geschichte des Deutschunterrichts in Poona“ referiert Prof. Kulkarni von der Universität Poona.

Epoche (z. B. Sturm und Drang), und man studiert einen Autor (im vergangenen Semester Hebbel). Dazu werden dann entsprechende Texte gelesen und interpretiert. Für das Studium des Mittelhochdeutschen sind die Texte vorgeschrieben; gleichzeitig wird ein knapper Überblick über die Sprachgeschichte und -entwicklung erarbeitet.“

Die Tätigkeit des DAAD-Lektors in Poona erschöpft sich nicht im Unterricht an der Universität. Ein sonntägliches Seminar in der Wohnung des Lektors dient der vertiefenden Textinterpretation, dem Lesen und der Diskussion. Vorträge müssen gehalten werden, und eine Bibliothek war nach einem modernen System zu ordnen.

## 500 Poonenser Studenten lernen Deutsch

Die Abendkurse, von denen schon die Rede war, sind so beliebt geworden, daß inzwischen sechs Anfängerkurse gleichzeitig laufen. Die Zahl der Deutsch lernenden Studenten an der Universität ist auf 500 gestiegen; hinzu kommen noch 300—400 junge Inder, die an den beiden Oberschulen von Poona Deutschunterricht erhalten. Längst kann diese Arbeitslast nicht mehr von den beiden Lektoren allein bewältigt werden. Einige Gastlehrer aus verschiedenen Colleges und Oberschulen helfen aus.

## 15 DAAD-Lektoren in allen Teilen Indiens

Poona ist nicht die einzige indische Universität, an der Deutsch gelehrt wird. Allein 14 weitere DAAD-Lektoren arbeiten an Hochschulen in allen Teilen des Subkontinents. Einige Tausend junger Inder zählen zu ihren Schülern. 80 Prozent von ihnen, das hat eine Umfrage des DAAD ergeben, sind Naturwissenschaftler und Techniker. Ihnen geht es darum, mit Hilfe deutscher Sprachkenntnisse Zugang zu unserer naturwissenschaftlichen und technischen Fachliteratur zu gewinnen. Aber an keiner Universität Indiens reichen die Wurzeln einer deutschen Abteilung so weit in die Vergangenheit wie in Poona, und an keiner anderen Universität ist man vom reinen Sprachunterricht so weit zur Germanistik vorgedrungen wie in der Stadt, in der man jetzt das goldene Jubiläum der deutschen Sprache in Indien feiert.

## Nach zäher Aufbauarbeit: ein deutscher Lektor für Poona

Nach der Unabhängigkeit Indiens wurden Abendkurse und der Magister-Kurs an der Universität von Gastprofessoren abgehalten. 1958 aber gab die Universität Poona diesen Kursen eine festere Grundlage. Sie richtete zwei Deutschlektorate ein, deren eines stets mit einem Deutschen besetzt werden sollte. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) konnte 1958 den ersten Lektor für deutsche Sprache und Literatur nach Poona entsenden, der vier Jahre lang an der Universität unterrichtete. Sein Nachfolger, ebenfalls vom DAAD vermittelt, lehrt seit 1962 in Poona.

Der DAAD-Lektor unterrichtet 14 Stunden in der Woche. Davon entfallen 2 Wochenstunden auf den Higher-Diploma-Kurs, der der Bachelor-Ausbildung entspricht. Der Lehrplan für diesen Kurs orientiert sich am Beispiel englischer Grammar Schools und sieht das Studium von 6—8 deutschen Textbüchern vor. Hinzu kommt noch allgemeine Deutschlandkunde. Mit 8 Wochenstunden liegt die Hauptarbeit des DAAD-Lektors bei der Magister-Ausbildung. Der Lehrplan für 1963/64 sah in der Unterstufe u. a. folgendes vor: Kafka: „Verwandlung“, „Hungerkünstler“, „Vor dem Gesetz“; Mörike: „Mozart auf der Reise nach Prag“; Essays und Übersetzungsübungen. In der Oberstufe wurden u. a. behandelt: Die Form des Dramas (anhand von Texten von Grillparzer, Kleist und Hauptmann) sowie Sturm und Drang und Klassik (anhand von Goethes „Götz“ und „Iphigenie“ und Schillers „Maria Stuart“). Auch Mittelhochdeutsch gehörte zu den Prüfungsfächern. „In dieser Form“, schrieb der DAAD-Lektor in Poona wörtlich, „ist der Syllabus immer aufgebaut; man behandelt eine Gattungsform (z. B. Drama), eine literarische

## Kanadische Forschungsstipendien

Nach Mitteilung der kanadischen Botschaft in Bonn an den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) hat das „Canada Council“ 15 Stipendien für das Studienjahr 1965/66 ausgeschrieben, um die sich auch deutsche Akademiker mit abgeschlossenem Hochschulstudium — vorzugsweise mit Promotion — bewerben können. Junge Künstler, die bereits besonders hervorgetreten sind, können sich ebenfalls um eines dieser Stipendien bewerben.

Die Stipendien des „Canada Council“ sind mit \$ 500 monatlich und mit höchstens \$ 5000 für ein Hochschuljahr dotiert. Ein Zuschuß zur Überfahrt nach Kanada wird ebenfalls gewährt. Anfragen und Bewerbungen sind zu richten an: The Canada Council, Scholarship-Section, 140, Wellington Street, Ottawa 4, Ont./Canada.

## Über die Problematik gesamtdeutscher Studentenkontakte

sprachen Mitglieder des Bundesvorstandes der Freien Demokratischen Partei mit Vertretern des Verbandes Deutscher Studentenschaften. An dem Gespräch nahmen der FDP-Bundesvorsitzende und Vizekanzler Dr. Erich Mende sowie Bundesforschungsminister Dr. Hans Lenz teil. Gleichzeitig wurden auch die Einrichtungen des Bildungsrates sowie Fragen des Ausbildungsförderungsgesetzes besprochen.

# Kanzler soll Wissenschaftskabinettt bilden

Vorschläge des Kulturpolitischen Ausschusses des Bundestages zur Wissenschafts- und Bildungspolitik.

HD — Der Bundeskanzler soll ein Wissenschaftskabinettt bilden. Diesen Vorschlag legte der Bundestagsausschuß für Kulturpolitik und Publizistik in einem Antrag und in einem Bericht dem Plenum vor. Dem Wissenschaftskabinettt sollen der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, der Bundesinnenminister, der Bundesverteidigungsminister, der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesfinanzminister angehören; den Vorsitz soll der Bundeswissenschaftsminister führen. Ein Vorschlag der sozialdemokratischen Opposition, der Bundeskanzler selbst solle den Vorsitz übernehmen, fand keine Mehrheit. Ein Termin für die Beratung des Ausschußantrags ist noch nicht bekannt.

Der Ausschuß regte in seinem Antrag an, der Bundeskanzler solle organisatorische Maßnahmen treffen, die zu einer umfassenden Koordinierung der Bundesressorts im Bereich der Förderung der wissenschaftlichen Forschung, der Ausbildungsförderung und der Bildungsplanung führen und eine Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern auf diesen Gebieten fördern. Auch hier setzte sich ein sozialdemokratischer Vorschlag nicht durch, der eine Zusammenfassung aller Fragen der wissenschaftlichen Forschung, der Ausbildungsförderung und der Bildungsplanung beim Bundesminister für wissenschaftliche Forschung anregte.

## Forschungsministerium verstärken

Der Bundeskanzler wurde vom Ausschuß aufgefordert, das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung organisatorisch und personell in die Lage zu versetzen, die wichtigsten Aufgaben der Forschungsplanung zu erfüllen. Das Ministerium soll den Zusammenhang von Forschung und Bildung berücksichtigen. Nach Auffassung des Ausschusses ist eine in die Zukunft weisende Forschungspolitik nur möglich, wenn der Bund sich ständig einen Überblick über die Wechselwirkung von Forschung und Bildung, von Wirtschaft und Gesellschaft verschafft.

Der Ausschuß schlägt dem Bundestag vor, die Bundesregierung aufzufordern, ihren ersten Wissenschaftsbericht möglichst bald vorzulegen. Dieser Bericht soll durch einen zweiten Bericht über den Stand der Maßnahmen auf dem Gebiet der Ausbildungsförderung und der Bildungsplanung ergänzt werden. Die Bundesregierung soll sich in ihrer Planung davon leiten lassen, daß der Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Menschen in vielen Bereichen ständig wächst und daß durch weitere Maßnahmen der Zugang zu einer wissenschaftlichen Ausbildung allen begabten jungen Menschen erleichtert werden soll.

Der Ausschuß legt der Bundesregierung nahe, den inneren Zusammenhang der Wirtschafts- und Sozialpolitik einerseits und der Wissenschafts- und Bildungspolitik andererseits zu wahren. Insbesondere sollen Wege und Maßnahmen gefunden werden, um das bestehende Bildungsgefälle zu überwinden. Die Bundesregierung wird vom Ausschuß aufgefordert, sich einen Überblick über den voraussichtlichen Bedarf bis 1975 für alle Berufe zu verschaffen, die eine qualifizierte Ausbildung erfordern. Gemeinsam mit den Ländern soll der Bund dafür Sorge tragen, daß dieser Bedarf gedeckt werden kann.

Im Verwaltungsabkommen mit den Bundesländern sollen gemeinsame Aufgaben in der Förderung der wissenschaftlichen Forschung, der Ausbildungs- und Studentenförderung und der Bildungsplanung umrissen und gemeinsame Anstrengungen zur Bewältigung dieser Aufgaben vereinbart werden. Eine Minderheit konnte sich mit dem Vorschlag nicht durchsetzen, den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften durch eine Bund-Länder-Kommission ermitteln zu lassen.

## Für kürzeres Studium

Der Kulturausschuß begrüßte es, daß die Konferenz der Kultusminister die Dauer der Ausbildung für akademische Berufe abkürzen will und bat die Bundesregierung, derartige Schritte innerhalb ihrer Zuständigkeit zu fördern.

Einem Beschluß des Bundestages zu diesen Fragen soll eine Präambel vorausgestellt werden. In ihr soll sich der Bundestag zu seiner Mitverantwortung für die Entwicklung und Zukunft der deutschen Kultur bekennen. „In ihrer Pflege über die Grenzen der Bundesländer und der

Zone hinweg“, so heißt es in dem Antrag, „sieht er zugleich ein entscheidendes Mittel zur Behauptung der nationalen Einheit der Deutschen.“ Der Bundestag soll ferner in der Präambel seinem Willen Ausdruck verleihen, innerhalb seiner verfassungsmäßigen Kompetenzen alles zu tun, um dem deutschen Volk und seiner Jugend einen auf der Höhe der Zeit stehenden, seiner Kulturtradition angemessenen Bildungs- und Leistungsstand zu gewährleisten. Der Bundestag soll ausdrücklich seine Bereitschaft erklären, mit steigenden Mitteln an der Erreichung dieses Zieles zu arbeiten.

Die Empfehlungen und Anträge des Ausschusses gehen auf die große Wissenschaftsdebatte des Bundestages am 4. März zurück.

## Beratungen über den Bildungsrat

Bund-Länder-Beratungen über den Bildungsrat stehen bevor. Bund und Länder haben je vier Mitglieder einer Verhandlungskommission benannt. Der Bund wird bei den Gesprächen durch Bundesminister Westrick, Bundesratsminister Alois Niederalt, Bundesinnenminister Hermann Hoecherl und Bundesforschungsminister Dr. Hans Lenz vertreten sein. Die Länder haben den bayerischen Ministerpräsidenten Goppel, den Hamburger Bürgermeister Dr. Paul Nevermann, den hessischen Kultusminister Prof. Schütte und den baden-württembergischen Kultusminister Prof. Wilhelm Hahn benannt.

In kulturpolitischen Kreisen Bonns wurde die Auffassung vertreten, daß die endgültige Form des Bildungsrates erst in diesen Verhandlungen gefunden wird. In Bonn wurde registriert, daß die Konferenz der Ministerpräsidenten in Hamburg in ihrem Beschluß über die Bildung eines Bildungsrates sich nur allgemein gehaltener Formulierungen bediente. Es wird die Auffassung vertreten, daß nicht alle Vorstellungen der Kultusministerkonferenz vom 2. Oktober zum Bildungsrat von den Ministerpräsidenten geteilt werden. Auf der anderen Seite haben Mitglieder der Bundesregierung zu erkennen gegeben, daß sie eine stärkere Mitwirkung des Bundes im Bildungsrat anstreben. Dabei wird es zunehmend für möglich gehalten, daß die gemischte Bund-Länder-Kommission sich nicht wie der ursprüngliche „Hahn-Plan“ und der Beschluß der Kultusministerkonferenz an das Modell des Wissenschaftsrates anlehnt, sondern neue Formen entwickelt. Neben der Mitwirkung von Experten in einem kleinen Gremium sollen vor allem breit gefächerte und auf Einzelprobleme abgestellte Formen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei der Bildungsplanung gefunden werden.

## „Wissenschaftsbericht“ im Kabinettt

Noch vor Weihnachten wird Bundesforschungsminister Dr. Hans Lenz den ersten „Wissenschaftsbericht der Bundesregierung“ dem Kabinettt vorlegen. Nach der Billigung durch die Bundesregierung soll er im Januar dem Bundestag und der Öffentlichkeit übergeben werden. Der Bericht gibt eine umfangreiche Bestandsaufnahme der Wissenschaftsförderung durch den Bund und versucht, eine Bedarfsdeckung der Förderung der wissenschaftlichen Forschung bis 1970 zu geben. Dabei hat sich ergeben, daß der Bedarf der vom Bund geforderten wissenschaftlichen Forschung bis 1970 etwa auf das Doppelte des gegenwärtigen Finanzvolumens ansteigt. Dieser Bedarf umfaßt die vom Bundesforschungsministerium geförderten Projekte sowie die Ressortforschung in 14 Bundesministerien.

Der Wissenschaftsbericht wird sich auf eine Fixierung des Bedarfs der Forschung beschränken und keine konkreten Finanzpläne aufstellen. In Bonn hat sich ein oft geäußelter Wunsch wissenschaftlicher Organisationen, der Bund möge eine über mehrere Jahre gehende elastische Finanzplanung in der Wissenschaftsförderung vornehmen, nicht durchgesetzt. Im Bundesfinanzministerium waren dagegen Bedenken angemeldet worden. Künftig sollen wie bisher die Mittel für die Wissenschaftsförderung jährlich vom Kabinettt bei der Aufstellung des Haushaltes festgelegt werden. Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, daß es nicht angehe, einzelne Teile des Bundeshaushaltes langfristig zu verplanen, während andere von Jahr zu Jahr neu bestimmt werden. Der Wissenschaft soll jedoch unter Berücksichtigung der Gesamtsituation stets eine Priorität eingeräumt werden. →

# Wissenschaftspolitik auf dem SPD-Parteitag

## Zwei Grundsatzentschlüsse — Mißverständnisse um wissenschaftliche Berater

Die Ergebnisse des Karlsruher SPD-Parteitages, auf dem in allen Reden deutlich wurde, daß die Sozialdemokratische Partei in einer von ihr gestellten Bundesregierung eng mit der Wissenschaft zusammenarbeiten wolle, spiegeln sich in zwei Entschlüssen wider. In der ersten verabschiedeten die Delegierten eine Erklärung zur Wissenschaftspolitik, und in der anderen verlangten sie die Errichtung einer Ständigen Deutschen Kommission zur Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung.

Außerdem wurde verlangt, daß die SPD in der Reform des deutschen Erziehungs- und Bildungswesens sowie in der Förderung von Wissenschaft und Forschung die wichtigste Gemeinschaftsaufgabe des deutschen Volkes erblicke.

„Von ihrer Lösung“, so heißt es weiter, „hängt es ab, ob unser Land seine Zukunft des Fortschrittes sichern und mit der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten kann.“ Die SPD-Bundestagsfraktion soll dafür eintreten, daß Länder und Gemeinden ihre Aufgaben finanziell besser als bisher erfüllen können und daß der Bund seiner Verpflichtung zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und der Ausbildungsförderung sowie zur gemeinsamen Bedarfsdeckung mit den Ländern und Gemeinden nachkommt. Die Sozialdemokratischen Landtagsfraktionen werden, wie es in der Entschlüsselung heißt, die Bildungs- und Wissenschaftspolitik zum Schwerpunkt ihrer parlamentarischen Arbeit machen. Der Anteil der offiziellen Ausgaben für Bildung und Wissenschaft soll bis 1970 auf 5,5 % des Bruttoinlandsproduktes gesteigert werden. Außerdem wurde verlangt, das bestehende Bildungsgefälle zu beseitigen, und betont, der derzeitige Bildungsnotstand erfordere eine entschlossene politische Aktion von Bund, Ländern und Gemeinden.

### Das kulturpolitische Sofortprogramm

Der Parteitag billigte ein bildungspolitisches Sofortprogramm, das der SPD-Parteivorsitzende Brandt schon vor dem Parteitag den anderen großen Parteien zur gemeinsamen Beratung vorgeschlagen hatte. Die wichtigsten Punkte dieses Programmes sind:

- engere Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden;
- gegenseitige Bedarfsplanung;
- Ausbau aller Einrichtungen des allgemeinen und Berufsschulwesens, Erhöhung der Zahl der zu gehobenen Schul-Abschlüssen geführten Jugendlichen, insbesondere Erhöhung der Abiturientenzahl;
- Erhöhung des Anteiles der Studenten aus den Gruppen der Bevölkerung, die bisher nicht angemessen auf weiterführenden Bildungseinrichtungen vertreten sind;
- Behebung des Lehrermangels und Beschleunigung des Schulbaues;
- großzügige Förderung der Erwachsenenbildung;
- beschleunigter Ausbau der bestehenden und Aufbau neuer wissenschaftlicher Hochschulen sowie Konzentration und Verkürzung des Studiums.

### Die „Ständige Deutsche Kommission“

Die SPD-Bundestagsfraktion wurde vom Parteitag ersucht, einen Entwurf für ein Gesetz über die Errichtung einer „Ständigen Deutschen Kommission“ zur Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung dem 1965 neu gewählten Bundestag einzubringen. Diese Kommission, für die vor dem Parteitag insbesondere der bayerische Kulturpolitiker Waldemar von Knoeringen, Mitglied der SPD-Regie-

rungsmannschaft, eintrat, soll eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik sichern. Auf gesetzlicher Basis soll ein Gremium von unabhängigen und anderen Persönlichkeiten gebildet werden. Die Kommission soll die Freiheit besitzen, alle Fragen auf allen Gebieten gesellschaftlicher Entwicklung aufzugreifen, die für weitgehende politische Entscheidungen von Bedeutung sein können.

### Wirrungen um wissenschaftliche Berater

Wirrungen entstanden auf dem Parteitag und in der Öffentlichkeit über eine Liste von 36 deutschen Wissenschaftlern, die, wie es hieß, als Berater einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung tätig sein sollten. Brandt hatte in seiner Rede vor dem Parteitag angekündigt, es sei sichergestellt, daß ihm und der sozialdemokratischen Ministermannschaft ein Kreis anerkannter wissenschaftlicher Berater zur Seite stünde, unabhängig davon, ob sie Mitglieder der Partei seien oder nicht. Die Pressestelle des Parteitages veröffentlichte daraufhin die Namensliste. Als später vier in der Liste genannte Wissenschaftler dagegen protestierten, als Berater der SPD tätig zu sein, korrigierte der SPD-Bundestagsabgeordnete und Kulturpolitiker Dr. Ulrich Lohmar die Verlautbarung der Pressestelle.

Lohmar führte aus, daß diese 36 Wissenschaftler sich bereit erklärt hatten, an dem Gesprächskreis „Wissenschaft und Politik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung mitzuwirken, um für einen ständigen Gedankenaustausch von Politikern und Wissenschaftlern eine Form zu schaffen. Innerhalb des Gesprächskreises sei eine Studie „Deutschland 1975“ erarbeitet worden, die einen Ausblick auf gesellschaftliche und politische Probleme gibt. Es sei selbstverständlich, daß die dabei beteiligten Wissenschaftler ihren Rat in voller Unabhängigkeit gegenüber ihren politischen Gesprächspartnern geben sollten und geben würden. Die SPD erwarte von den Wissenschaftlern keine Stellungnahme zu ihren politischen Zielen, sondern eine Hilfe bei dem Versuch, die großen Gemeinschaftsaufgaben zu analysieren und aus der Aufnahme eines Tatbestandes mögliche Alternativen zu entwickeln, über die dann die politische Führung entscheiden könne.

Die Pressestelle des SPD-Vorstandes habe, so betonte Lohmar, eine mißverständliche Erklärung herausgegeben, aus der nicht zu ersehen gewesen sei, daß die genannten Wissenschaftler an dem Gesprächskreis der Friedrich-Ebert-Stiftung mitgewirkt hätten.

Der Präsident des Wissenschaftsrates, Prof. Dr. Raiser, und Prof. Dr. Dahrendorf/Tübingen, hatten gegen die Aufnahme ihrer Namen in die Liste protestiert. Sie hatten erklärt: „Wir müssen uns scharf dagegen verwahren, ungefragt der Öffentlichkeit als Berater einer politischen Partei präsentiert zu werden.“ Lohmar erklärte, er habe mit beiden Professoren gesprochen und Grund zu der Annahme, daß beide nach wie vor bereit seien, innerhalb des Gesprächskreises „Wissenschaft und Politik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung auch künftig mitzuwirken.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete kündigte an, daß die Öffentlichkeit über die personelle Zusammensetzung des von Brandt erwähnten Beraterkreises nach Aufnahme der Arbeit der Ministermannschaft der SPD informiert werden soll.

### Sozialstruktur in Deutschland

In der Sozialforschungsstelle Dortmund wird eine umfassende Untersuchung über Sozialstruktur und gesellschaftliche Wirklichkeit in Deutschland vorbereitet. Die bisherigen Strukturanalysen beruhen fast ausschließlich auf fachlich und regional begrenztem empirischen Material, das jeweils unter einer theoretischen Hypothese für bestimmte Fragestellungen erhoben oder zusammengesucht wurde. Eine Gegenüberstellung der vorhandenen Strukturanalysen und Hypothesen mit diesem Material dürfte dann ergeben, daß ganze Komplexe von Fakten offensichtlich bei den bisherigen Arbeiten noch nicht berücksichtigt werden konnten.

Die jetzt von der Forschungsgemeinschaft mit 90 000,— DM geförderten Arbeiten sollen dazu beitragen, eine wissenschaftlich fundierte Gesamtdarstellung der Sozialstruktur und der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Ost- und Westdeutschland zu erstellen.

Die Bundesregierung ist, wie in Bonn zu erfahren war, nach wie vor bereit, sich an der Neugründung von Hochschulen zu beteiligen. Zu Beginn des nächsten Jahres soll die im Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zur Wissenschaftsförderung vereinbarte Kontaktkommission unter Vorsitz des Bundeskanzlers mit ihrer Arbeit beginnen. Der Bund wünscht, daß seine Mittel zur Aufstockung des Fonds verwandt werden und nicht dazu führen, daß die Länder ihre Beiträge ermäßigen.

Die Länder werden in 15 Jahren in einem Gemeinschaftsfonds 3,1 Mrd. DM einbringen, der zur Finanzierung der Neugründungen von Hochschulen verwandt wird. Die Sitzländer der neuen Hochschulen haben insgesamt 1 Mrd. DM selbst zu tragen.

## Kurz berichtet

**Jedes Jahr einen Schulentwicklungsplan vorzulegen**, wird die schleswig-holsteinische Landesregierung in einem Antrag der FDP-Fraktion aufgefordert. Anzahl und Standort neu eingerichteter Berufs- und Fachschulen und Höhere Fachschulen sowie die Anzahl und die Standorte der Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges sollen aus diesem Plan ersichtlich sein. Weiters hätte die Landesregierung anzugeben, in welcher Art und Höhe sie Erziehungs- oder Ausbildungsbeihilfen, Stipendien, Darlehen etc., die dazu dienen, materielle Hindernisse bei den Eltern zu überwinden, aufbrachte.

**Zur Konstruktion des Bildungsrates**, so wie er Ende Oktober von der Ministerpräsidenten-Konferenz in Hamburg gebildet wurde, äußerte sich die FDP in ihren Kulturpolitischen Mitteilungen sehr skeptisch. Nach Ansicht der FDP ist es durch die Strukturausstattung des Bildungsrates wenig wahrscheinlich, daß sich die an ihn geknüpften Erwartungen erfüllen werden, und ein Zusammenwirken von Wissenschaftlern und Beamten ist nur sehr schlecht garantiert. Die jetzige Lösung erscheint der FDP eher ein Rückschritt, nachdem die Zusammenarbeit von Bund und Ländern durch mehrere Verwaltungsabkommen auf dem Sektor der Kulturpolitik bereits in Gang gekommen war. „Die Herolde eines falsch verstandenen Föderalismus scheinen in der Kultusministerkonferenz noch Zuzug erhalten zu haben.“ Die FDP bedauert, daß auch die SPD, die sonst immer nach Koordinierung und Planung verlangt, nicht in der Lage war, über ihren parteitaktischen Schatten zu springen. Die FDP gibt sehr wohl zu, daß es mit der Einrichtung eines Bildungsrates allein nicht getan ist, auch nicht, wenn er in der von Kultusminister Hahn und der FDP anfänglich vorgeschlagenen Form angenommen worden wäre und damit nicht die Bildungsmisere automatisch überwunden hätte werden können. In der in Hamburg gefaßten Lösung sieht die FDP jedoch, daß die Bildungsprobleme im Bildungsrat sicher weiterhin nur unter regionalen Gesichtspunkten und Interessen behandelt werden.

**Beihilfen zur beruflichen Fortbildung** in der Höhe von 54,5 Mio DM vergab das Bundesarbeitsministerium in der Zeit von Juli 1962 bis Ende Oktober 1964 an 30 781 Antragsteller. Das Interesse aufstiegswilliger Facharbeiter und Angestellter an Fortbildung war in den zwei Jahren des Bestehens der individuellen Förderung des Bundesarbeitsministeriums so groß, daß die im Etat bereitgestellten Mittel Jahr für Jahr nicht ausreichten und durch Nachbewilligungen weitere Mittel bereitgestellt werden mußten. Die Beihilfen, die teils als Darlehen, teils als Zuschuß gewährt werden, — drei Viertel als Zuschuß und ein Viertel als zinsloses Darlehen — ermöglichen Arbeitern und Angestellten die Teilnahme an Fortbildungslehrgängen und befreien sie während der Lehrgangszeit von wirtschaftlichen Sorgen um ihre Familie. Dieses Programm, das durch die individuelle Förderung einen weiteren wesentlichen Schritt auf dem Wege zu einer modernen und fortschrittlichen Sozialordnung darstellt, soll nach den bisherigen Erfahrungen weitergeführt werden.

**Für das Schulwesen wurden im Zeitraum von 1957 bis 1962 insgesamt 41 Mrd. DM** von staatlicher und kommunaler Seite aufgewandt. Die zu tragende Finanzlast liegt zum ganz überwiegenden Teil, entsprechend der Finanzordnung der Bundesrepublik, auf seiten der Länder, die rund 50 % zu tragen hatten; 10 % die Städte und 39 % die Gemeinden. Sehr interessant ist, daß ein Fünftel der Ausgaben auf Bauinvestitionen entfielen und drei Fünftel auf Personalausgaben. Die Bauinvestitionen auf diesem Sektor machen rund 13 % der gesamten Bauinvestitionen der öffentlichen Hand aus. Für das Jahr 1962 betragen die Schulausgaben im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) 9,3 Mrd. DM, dies bedeutet eine Erhöhung um 3,7 Mrd. DM gegenüber 1957.

**Ihren Lehrbetrieb für das erste vorklinische Semester** nimmt die im Aufbau befindliche Medizinische Akademie in Hannover im Sommersemester 1965 auf. 40 Studenten stehen Studienplätze während der Aufbauphase der Akademie zur Verfügung. Die ersten Studenten sollen an der inneren Ausgestaltung der neuen Akademie aktiv mitwirken. Anträge auf Zulassung zum Studium können sofort eingereicht werden, müssen jedoch bis spätestens zum 15. Dezember bei der Verwaltung der Medizinischen Akademie in Hannover eingelangt sein.

**Ein Entgelt und ein Versicherungsschutz** wird allen Oberschülern Mitteldeutschlands und Ost-Berlins, die während ihrer Schulzeit eine Berufsausbildung erhalten, vom 1. Januar 1965 an gewährt. Die Schüler von der neunten bis zur zwölften Klasse sollen von 40,— bis 70,— DM (Ost) gestaffelte Beträge erhalten. Wie von der Sowjetzonenagentur ADN mitgeteilt wurde, sind diese Zuwendungen lohnsteuerfrei und werden auch während der Schulferien und im Krankheitsfalle fortgezahlt.

**Über die Mißstände im deutschen Hochschulwesen** hat sich vor dem Kulturbeirat der bayerischen CSU Prof. Dr. Rudolf Mössbauer in unmißverständlicher Weise geäußert. Prof. Mössbauer zog Vergleiche zwischen Amerika und Deutschland und stellte fest, daß das Verhältnis der Zahl von Studierenden zu Professoren in Amerika ein bedeutend besseres sei, und daß ein elastisches Berufungssystem und die erfolgreiche Verwirklichung der Teamarbeit zwischen den einzelnen Disziplinen oder zumindest den Teildisziplinen in einer Fakultät das Arbeiten erleichtert. Prof. Mössbauer sprach sich sehr gegen den Papierkrieg, der um jedes Forschungsvorhaben in Deutschland getrieben werden muß, aus, und forderte, daß die Gelder nicht jeweils nur für ein Jahr für die Forschung zur Verfügung gestellt werden, sondern daß sie längerfristig an die Hochschulen vergeben werden. Als eines der größten Übel unserer Hochschulen bezeichnete Prof. Mössbauer den mangelnden Kontakt zwischen Professoren und Studenten. Er sucht den Grund dafür in der Supervverwaltung unserer Hochschulen und der damit verbundenen Belastung der Professoren. Nicht mehr um die Einheit von Forschung und Lehre, so sagte Mössbauer, geht es an den deutschen Hochschulen, sondern um die Einheit von Lehre und Verwaltung.

**Kürzungen im Wissenschaftsetat des Bundes** werden nicht erfolgen. Der CDU-Haushaltsexperte Dr. Gerhard Stoltenberg versicherte in Bonn, daß die von seiner Partei geplanten Haushaltskürzungen zur Finanzierung dringender Aufgaben nicht die allgemeine Wissenschaftsförderung betreffen werden.

**Oberschulen mit fachgebundener Reifeprüfung** wurden vom Vorstand des deutschen Philologenverbandes auf einer Tagung in Göttingen begrüßt. Der Gesamtvorstand des Verbandes will an der Mehrgliedrigkeit des deutschen Schulwesens festhalten und befürwortet Übergangsmöglichkeiten. Der Vorsitzende des Philologenverbandes Nordrhein-Westfalen, Dr. Pieper, warf in dem Mitteilungsblatt seines Verbandes die Frage auf, ob das Einheitsabitur in der heutigen Form noch gerechtfertigt und sinnvoll sei. Er sprach sich für eine Aufnahmeprüfung in die Oberstufe des Gymnasiums aus und setzte sich dafür ein, die Naturwissenschaften in der Unter- und Oberprima wieder stärker zu akzentuieren.

**Eine Erziehungsmminister-Konferenz** aller europäischer Mitgliedsstaaten der UNESCO wird 1966 nach Wien einberufen werden. An ihr werden auch die Sowjetunion und alle Ostblockstaaten teilnehmen.

**Ein erstes Institut für freie Berufe in Europa** wurde an der Universität Erlangen-Nürnberg eröffnet. Das Institut soll sich mit der Erforschung der Problematik der freien Berufe in rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht beschäftigen. Leiter des Instituts wurde der Erlangener Ordinarius für Soziologie, Prof. Dr. Karl Gustav Specht. Das Institut wird vom bayerischen Staat, der Stadt Nürnberg, der Universität Erlangen, der Stiftung freier Berufe und dem Verband freier Berufe in Bayern getragen.

**Größere Forschungsmittel für den Schiffbau** forderte der Vorsitzende der Schiffbautechnischen Gesellschaft, Prof. Dr.-Ing. H. Lerbs, auf der Jahrestagung der Gesellschaft in Berlin. Er erklärte, daß der Einsatz größerer Mittel zur Finanzierung der Forschung im Schiffbau für die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Schiffbaues unumgänglich notwendig sei.

**Gegen die von der CDU in einem Antrag geforderte Verkürzung der juristischen Referendarzeit** auf 2½ Jahre durch Wegfall der wirtschaftlichen Ausbildung sprachen sich die drei Spitzenorganisationen der Wirtschaft aus. Sie glauben, daß damit die Möglichkeit wegfällt, junge Juristen in die Zusammenhänge der Wirtschaft einzuweisen, zumal ja die wirtschaftliche Ausbildung derzeit schon nur etwa 3 Monate dauere.

# PERSONALIA

## BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

### a) ordentliche Professoren

**Aachen:** Wissenschaftlicher Rat Prof. Dr. phil. Hans Martin Klinkenberg/Köln (Mittlere und Neuere Geschichte) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Mittlere Geschichte berufen.

**Berlin (FU):** Prof. Dr. med. Hans Heinz Naumann (Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde) erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat seines Faches an der Universität Heidelberg. — Prof. Dr. phil. Ruth Stiel (Alte Geschichte) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl ihres Faches an der Universität Münster.

**Berlin (TU):** Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Dr. rer. pol. Helmut Klages (Soziologie), Priv.-Doz. Dr. techn. Helmut Moritz (Geodäsie und Astronomie), Dr.-Ing. Walter Schweizer (Feinwerktechnik), Priv.-Doz. Dr. rer. hort. Udo Schwertmann (Bodenkunde) und apl. Prof. Dr. rer. pol. Horst Schwarz (Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Organisation).

**Frankfurt:** Wiss. Rat apl. Prof. Dr. phil. nat. Richard Klar (Physikalisch-chemische Technologie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf ein Ordinariat für Chemische Technologie berufen. — Prof. Dr. med. Erich Heinz (Vegetative Physiologie) erhielt einen Ruf auf den neu geschaffenen Lehrstuhl für Physiologische Chemie an der Medizinischen Akademie Hannover. — Prof. Dr. phil. Klaus von See (Germanische, insbesondere Alt-nordische Philologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Nordische Philologie an der Universität Köln. — Prof. Dr. rer. nat. Werner Martienssen (Experimentalphysik) erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat für Angewandte Physik an der Universität Freiburg.

**Göttingen:** Prof. Dr. med. Kurt Kramer (Physiologie) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl seines Faches an der Universität München.

**Karlsruhe:** Prof. Dr. rer. pol. Gerard Gäfgen erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

**Kiel:** Dr. med. Gerd Griesser/Tübingen (Allgemeine Chirurgie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

**Köln:** apl. Prof. Dr. med. Klaus Steigleder/Frankfurt (Dermatologie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf ein Ordinariat seines Faches berufen.

**Marburg:** Prof. Dr. theol. Hans Werner Surkau/Bonn (Evangelische Religionspädagogik) hat den Ruf auf den zweiten Lehrstuhl für Praktische Theologie angenommen. — Privatdozent Dr. jur. Hans Heinrich Rupp/Tübingen (Verfassungsrecht) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf ein Ordinariat für Öffentliches Recht II berufen. — apl. Prof. Dr. med. Rudolf Buchholz/Medizinische Akademie Düsseldorf (Geburtshilfe und Frauenheilkunde) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl seines Faches berufen. — apl. Prof. Dr. phil. O. Rössler/Tübingen (Semitistik) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches angenommen. — Prof. Dr. phil. Karl-Ludwig Selig/University of Texas (Romanische Philologie) hat den Ruf auf ein Ordinariat für Romanische Philologie angenommen. — apl. Prof. Dr. phil. Wolfgang Kullmann/Freiburg (Klassische Philologie) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Klassische Philologie III angenommen. — Dozent Dr. phil. Ferdinand Merz (Psychologie) hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Psychologie angenommen.

**Saarbrücken:** Privatdozent Dr. jur. Wilhelm Karl Geck, M. A./Heidelberg (Deutsches und ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Staats- und Völkerrecht angenommen.

**Tübingen:** Prof. Dr. phil. Dr. theol. Ludolf Müller (Slavische Philologie) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Slavistik an der Universität Heidelberg.

### b) außerordentliche Professoren

**Aachen:** Wiss. Rat apl. Prof. Dr. phil. Albert Mirgeler (Politische Soziologie) wurde zum außerordentlichen Pro-

fessor ernannt und auf das Extraordinariat für Europäische Geschichte berufen.

**Frankfurt:** Dozent Dr. phil. Walther Ludwig/Universität München (Klassische Philologie) wurde auf das Extraordinariat für Klassische Philologie berufen und zum außerordentlichen Professor ernannt.

**Marburg:** Prof. Dr. med. Dietrich-Werner Lübbers (Angewandte Physiologie und Arbeitsphysiologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Physiologie an der Medizinischen Akademie Hannover. — Dr. med. Peter Ihm/Italien hat einen Ruf auf das Extraordinariat für Medizinisch-biologische Statistik und Dokumentation erhalten. — Prof. Dr. med. et. rer. nat. Emil Heinz Graul (Strahlenkunde) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Strahlenbiologie. — apl. Prof. Dr. phil. Rudolf Schmitz (Geschichte der Pharmazie) hat den Ruf auf den außerordentlichen Stiftungslehrstuhl für Geschichte der Pharmazie angenommen.

### c) Honorarprofessoren

**Frankfurt:** apl. Prof. Dr. med. Rolf Hassler/Freiburg (Neuroanatomie) wurde zum Honorarprofessor ernannt.

### d) Wissenschaftliche Räte

**Kiel:** apl. Prof. Dr. Arnold Finck (Pflanzenernährung und Bodenkunde) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

**Mainz:** Dr. jur. Helmut Pieper (Bürgerliches Recht und Zivilprozeßrecht) erhielt einen Ruf auf den neuen ordentlichen Lehrstuhl für Rechtswissenschaften an der TH Hannover.

**Marburg:** Dozent Dr. med. Horst Werner Kunz (Pharmakologie und Toxikologie) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt. — Dr. Ulrich Kasztantowicz, Institut für Sonderschulpädagogik, wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

### e) außerplanmäßige Professoren

**Berlin (FU):** Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. med. Heinrich Gerhartz (Innere Medizin), Privatdozent Dr. med. Günter Neuhäus (Innere Medizin) und Privatdozent Dr. med. Gottfried Rothhoff (Chirurgie).

**Frankfurt:** Prof. Dr. jur. Dr. phil. Ekkehard Kaufmann (Deutsche Rechtsgeschichte, Bürgerliches und Handelsrecht, Kirchenrecht) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Deutsche Rechtsgeschichte, Bürgerliches, Handels- und Bauernrecht an der Universität Marburg erhalten. — Prof. Dr. med. Hans-Joachim Schümann (Pharmakologie und Toxikologie) erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat für Pharmakologie am Klinikum Essen. — Prof. Dr. phil. Ernst Schönhals (Bodenkunde und Quartärgeologie) erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat für Bodenkunde und Bodenerhaltung an der Universität Gießen.

**Heidelberg:** Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. med. Hans Friebel (Pharmakologie und Toxikologie) und Privatdozent Dr. med. Helmut Gillmann (Innere Medizin).

**Marburg:** Prof. Dr. med. Hans Stephan Stender (Röntgenologie und Strahlenheilkunde) hat einen Ruf auf ein Ordinariat für Klinische Radiologie an der neu errichteten Medizinischen Akademie Hannover erhalten.

### f) Dozenten und Privatdozenten

**Aachen:** Privatdozent Dr. Friedrich Filippi (Praktische Mathematik) wurde zum Dozenten ernannt.

**Frankfurt:** Privatdozentin Dr. phil. Helge Pross (Soziologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Gießen. — Privatdozent Dr. rer. nat. Ludwig Müller (Botanik) erhielt einen Ruf auf den neu geschaffenen ordentlichen Lehrstuhl für Tropischen und Subtropischen Pflanzenbau an der Universität Göttingen.

**Hamburg:** Privatdozent Dr. jur. Ernst-Werner Fuß (Staats- und Verwaltungsrecht, Rechtsvergleichung auf dem Gebiet des Öffentlichen Rechts, Völkerrecht) erhielt einen Ruf auf das neu zu errichtende Ordinariat für Staats- und Verwaltungsrecht an der Wirtschaftshochschule Mannheim.

**Mainz:** Privatdozent Dr. theol. Hermann Reifenberg (Praktische Theologie) erhielt einen Ruf auf die neu-

Dieser Nummer ist ein Prospekt des VDE-Verlages/Berlin beigelegt. Wir bitten unsere Leser diesen zu beachten!

errichtete Professur für Pastoraltheologie und Literaturwissenschaft an der Phil.-Theol. Hochschule Bamberg. — Privatdozent Dr. theol. Dr. rer. pol. Wilhelm Weber (Christliche Gesellschaftswissenschaften) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Christliche Sozialwissenschaften an der Kath.-Theol. Fakultät der Universität Münster. — Privatdozent Dr. rer. nat. Günter Ewald (Mathematik) hat einen Ruf auf das Ordinariat seines Faches an der Universität Bochum erhalten.

**Marburg:** Privatdozent Dr. med. Heinz Oehmig (Anästhesie) hat einen Ruf auf den neu errichteten außerordentlichen Lehrstuhl seines Faches erhalten. — Dozent Dr. phil. Manfred Schlenke (Mittlere und Neuere Geschichte) erhielt einen Ruf auf das neu errichtete Ordinariat für Neuere Geschichte an der Wirtschaftshochschule Mannheim.

**Saarbrücken:** Privatdozent Dr. rer. pol. Hans-Jacob Krümmel (Betriebswirtschaftslehre) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Bonn. — Privatdozent Dr. rer. pol. Louis Perridon (Bankbetriebslehre) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre an der Universität München.

#### g) Lektoren

**Frankfurt:** Zu Lektoren wurden ernannt: Barbara Newbern für Englische Sprache, Camille Landinet für Französische Sprache und Dr. phil. Christo Wassilew für Bulgarische Sprache.

#### HABILITATIONEN UND VERLEIHUNG DER „VENIA LEGENDI“

**Berlin (FU):** Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. med. Klaus-Uwe Blum für das Fach Innere Medizin, Dr. med. Friedrich Lindlar für das Fach Allgemeine Pathologie und Dr. med. Karl Kanig für das Fach Psychiatrie und Neurologie.

**Berlin (TU):** Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. rer. nat. Klaus Wagnener für das Fach Physikalische Chemie, Dr.-Ing. Herbert Pfütznern für das Fach Spezielle Maschinendynamik und Dr. agr. Hermann Wolke-witz für das Fach Kulturtechnik.

**Marburg:** Es habilitierten sich: Dr. jur. Hans Hattenhauer für das Fach Deutsche Rechtsgeschichte und Deutsches Bürgerliches Recht, Dr. rer. nat. Karl Lenz für das Fach Geographie und Dr. rer. nat. Are Mann für das Fach Physik.

#### LEHRAUFTRÄGE

**Aachen:** Prof. Dr.-Ing. Wittmoser erhielt einen Lehrauftrag über Technologie der Gießverfahren an der TH Darmstadt.

**Berlin (TU):** Folgende Lehraufträge wurden erteilt an Dr.-Ing. Winfried Hönmann über Hydrodynamische Strömungsmaschinen I und II, Dipl. Ing. Dr. Reinhold Jahn über Rechnungswesen in der landwirtschaftlichen Technologie und Dr. rer. hort. Walter Sauthoff über Schädlinge und Krankheiten im Zierpflanzenbau.

**Frankfurt:** Folgende Lehraufträge wurden erteilt an: Dr. phil. Reinhold Grimm für Anfängerübungen zur deutschen Literatur, Albert Goupil für Französische Sprache, Dr. phil. Helmut Straube für Übungen zur Völkerkunde Afrikas, insbesondere Agrarethnographie, Dr. phil. Oskar Negt für Übungen zur Geschichte der Philosophie, Dr. phil. Wolfgang Lindig für Übungen zur Völkerkunde und Vorgeschichte Nordamerikas und Hinterindiens und Dr. phil. Meinhard Schuster für Übungen zur Methode der Völkerkunde sowie zur Völkerkunde Amerikas und der Südsee.

#### VERTRETUNGEN

**Frankfurt:** Prof. Dr. phil. Dimitrij Tschizewskij/Heidelberg (Slavistik) wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung des ordentlichen Lehrstuhls für Slavistik II beauftragt. — Privatdozent Dr. phil. Walther Ludwig/München wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung des außerordentlichen Lehrstuhls für Klassische Philologie beauftragt. — Privatdozent Dr. rer. nat. Georg Schneider/Hamburg wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung des außerordentlichen Lehrstuhls für Pharmakognosie und der kommissarischen Leitung des Pharmakognostischen Instituts beauftragt. — Privatdozent Dr. Peter Swoboda/Hochschule für Welthandel Wien

wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung des ordentlichen Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Treuhandwesen, und der kommissarischen Leitung des Seminars für Treuhandwesen beauftragt. — Privatdozent Dr. phil. Friedrich Fetz/Innsbruck wurde mit der Vertretung der Dienstgeschäfte des Direktors des Instituts für Leibesübungen beauftragt.

#### EMERITIERUNGEN

**Berlin (TU):** Es wurden emeritiert: Prof. Dr. phil. Fritz Mühlig (Höhere Geodäsie und Astronomie) und Prof. Dr. rer. nat. Hans Heinrich Baetge (Bodenkunde).

**Marburg:** Prof. Dr. jur. Emil Kießling (Papyrologie) wurde von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden und bis zur Wiederbesetzung ab WS 1964/65 mit der kommissarischen Vertretung des Lehrstuhls für Papyrologie beauftragt.

#### ABGELEHNT E BERUFUNGEN

**Mannheim:** Prof. Dr.-Ing. habil. Helmut Koch, Leiter der Schweißtechnischen Lehr- und Versuchsanstalt, hat einen Ruf auf die Lehrkanzel für Werkstoffkunde und Schweißtechnik an der Technischen Hochschule Graz abgelehnt.

**Marburg:** Prof. Dr. med. Otto Braun-Palco (Dermatologie) hat den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl seines Faches an der Universität Köln abgelehnt. — Prof. Dr. phil. Christian Habicht (Alte Geschichte) hat den Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Bonn abgelehnt. — Prof. Dr. phil. W. Schröder (Germanische und Deutsche Philologie) hat den an ihn ergangenen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Göttingen abgelehnt. — Prof. Dr. phil. St. Sonderegger/Zürich (Germanische Philologie) hat den an ihn ergangenen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Germanische und Deutsche Philologie abgelehnt.

**Saarbrücken:** Prof. Dr. jur. Gerhard Lücke (Prozeßrecht, Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht) hat den an ihn ergangenen Ruf an die Universität Frankfurt abgelehnt.

**Tübingen.** Prof. Dr. phil. Helmut Wielandt (Mathematik) hat den an ihn ergangenen Ruf als full professor für Mathematik an der University of Wisconsin/USA abgelehnt.

### Stellenausschreibung

Bei der

**Bundforschungsanstalt für Fischerei**

in Hamburg-Altona 1, Palmaille 9,  
ist die Stelle des

**Leiters des Instituts für Biochemie und Technologie**

(Beamtenstelle als Direktor und Professor, Besoldungsgruppe B 1 der Bundesbesoldungsordnung)  
zu besetzen.

Aufgabe des Instituts für Biochemie und Technologie ist die Erforschung von Verfahren zur Behandlung von Fischen nach dem Fang zur Haltbarmachung und zur Verarbeitung als Lebens- und Futtermittel.

#### Anforderungen:

Abgeschlossenes Hochschulstudium der Naturwissenschaften und Promotion. Erfahrungen auf lebensmittelchemischem, -technischem und -rechtlichem, biochemischem und mikrobiologischem Gebiet, englische und möglichst auch französische Sprachkenntnisse.

Bewerbung mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften, Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Angabe von Referenzen werden bis zum 20. Dezember 1964 in Bonn erbeten.

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

## NEUE INSTITUTSDIREKTOREN

**Kiel:** Prof. Dr. med. Gerd Griesser (Allgemeine Chirurgie) wurde zum Direktor des Instituts für Medizinische Dokumentation und Statistik ernannt.

## GASTPROFESSUREN

**Frankfurt:** Prof. Dr. phil. Franjo Svec, Ordinarius für altkroatische Literaturgeschichte an der Universität Zagreb/Jugoslawien, wurde für das WS 1964/65 mit einer Gastprofessur in der Philosophischen Fakultät betraut. — Prof. Dr. med. Nikolaus Blatt, früher Ordinarius für Augenheilkunde an der Universität Bukarest, wurde für das WS 1964/65 mit einer Gastprofessur an der Medizinischen Fakultät betraut.

**Marburg:** Dr. med. Amal K. Kurban wurde vom 1. 10. 1965 bis 31. 3. 1966 eine Gastdozentur der Medizinischen Fakultät übertragen. — Prof. Dr. Nenad Grčević erhielt vom 1. 6. 65 bis 31. 7. 65 eine Gastprofessur an der Nervenklinik.

## AKADEMISCHE EHRUNGEN

### a) Ehrenpromotionen

**Berlin (FU):** Prof. Dr. sc. pol. Walther G. Hoffmann / Münster (Volkswirtschaftslehre) erhielt von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät die Würde eines Doktor rerum politicarum honoris causa verliehen.

## VON DEN WISSENSCHAFTLICHEN AKADEMIEN, GESELLSCHAFTEN UND INSTITUTEN

**Frankfurt:** Prof. Dr. phil. Theodor Wieland (Organische Chemie) wurde zum Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina/Halle gewählt.

**Kiel:** Prof. Dr. phil. Yngve Ericsson, Direktor der Königlichen Zahnärzte-Hochschule Stockholm und Prof. Dr. phil. Birger Nygaard-Östby, Leiter der Abteilung für allgemein-zahnärztliche Forschung an der Universität Oslo, wurden von der Schleswig-Holsteinischen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde zu korrespondierenden Mitgliedern ernannt.

**Saarbrücken:** Prof. Dr. med. Friedrich Loew (Neurochirurgie) wurde von der Deutschen Gesellschaft für Neurochirurgie zum 1. Vorsitzenden gewählt.

**Tübingen:** Prof. Dr. med. Karl Humperdinck (Arbeitsmedizin) wurde zum Präsidenten der Deutschen Gesellschaft der Unfallheilkunde, Versicherungs-, Versorgungs- und Verkehrsmedizin gewählt.

## TITELVERLEIHUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

**Marburg:** Prof. Dr. med. Hans-Stephan Stender (Röntgenologie und Strahlenheilkunde) und Dozent Dr. med. Willi Schermuly (Röntgenologie und Strahlenheilkunde) wurden von der Bundesärztekammer mit der Ernst-von-Bergmann-Plakette ausgezeichnet.

## SONSTIGE ERNENNUNGEN UND AUFTRÄGE

**Aachen:** Prof. Dr. rer. pol. Herbert Vormbaum (Betriebswirtschaftslehre) wurde auf der ordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerkes e. V. Bonn in den Vorstand gewählt. — Prof. Dr. phil. Arnold Gehlen (Soziologie) wurde vom Institut International de Sociologie (Rom und Cordoba) als Conseiller und zum Mitglied des Bureaus gewählt. — Prof. Dr.-Ing. Werner Leins (Straßenwesen, Erd- und Tunnelbau) wurde zum Vorsitzenden des Forschungsrates der Stuva (Studien-gesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen e. V.) gewählt.

**Berlin (FU):** Prof. Dr. med. Emil S. Bücherl (Chirurgie) wurde zum Ärztlichen Direktor und Dirig. Arzt der Chirurgischen Abteilung des Städt. Krankenhauses Berlin-Neukölln ernannt.

**Kiel:** Prof. Dr. med. Dr. h.c. Wilhelm Hallermann (Gerichtliche und soziale Medizin) wurde von der Bundesärztekammer in den wissenschaftlichen Beirat gewählt.

**Marburg:** Prof. Dr. med. Johannes Oehme (Kinderheilkunde) wurde zum Chefarzt der Kinderklinik in Braunschweig gewählt. — Prof. Dr. med. Gerd Beckmann, Oberarzt an der Hals-, Nasen- und Ohrenklinik, wurde auf der Jahrestagung 1964 der Deutschen Gesellschaft der HNO-Ärzte in den Vorstand gewählt.

**Tübingen:** Prof. Dr. rer. nat. Gerhard Breitling (Strahlenphysik) ist zum Abteilungsvorsteher der Strahlenphy-

sikalischen Abteilung des Medizinischen Strahleninstituts ernannt worden.

## EHRUNGEN UND ERNENNUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER IM AUSLAND

**Aachen:** Prof. Dr. phil. Dr. rer. nat. E. h. Dr. rer. nat. h. c. Dr. rer. nat. h. c. Karl Ziegler, Direktor des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung, erhielt als erster Ausländer vom britischen Plastics Institute die Swinburne-Medaille für seine Arbeiten auf dem Gebiete der Olefin-Polymerisation.

**Marburg:** Prof. Dr. phil. A. Buck (Romanische Philologie) wurde zum Socio Straniero der Accademia Letteraria Italiana in Rom ernannt.

## MITGLIEDSCHAFT IN AUSLÄNDISCHEN WISSENSCHAFTLICHEN GESELLSCHAFTEN

**Freiburg:** Prof. Dr. med. Wilhelm Künzer (Kinderheilkunde) wurde von der Katalonischen Gesellschaft für Pädiatrie in Barcelona zum korrespondierenden Mitglied ernannt.

**Mainz:** Prof. Dr. med. Claus Overzier (Innere Medizin) wurde in die Royal Society of Medicine/London gewählt. — Prof. Dr. med. Heinrich Kranz (Psychiatrie und Neurologie) wurde als Mitglied in das Collegium internationale neuro-psychopharmacologicum in Birmingham aufgenommen.

**Saarbrücken:** Privatdozent Dr. med. Filipp (Innere Medizin) wurde zum Mitglied der International Medical Section, Division of Hematology, The Institution of Nuclear Engineers, Westminster, London, gewählt.

## BERUFUNGEN UND EINLADUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER INS AUSLAND

**Aachen:** Prof. Dr. rer. nat. Knacke (Theoretische Hüttenkunde) hat in der Zeit vom 1. bis 30. November eine Gastprofessur an der Universität Kairo auf dem Gebiet Metallurgische Thermodynamik übernommen. — Prof. Dr.-Ing. Dr. h. c. Fink (Fördertechnik und Schienenfahrzeuge) hat am 15. November eine sechswöchige Gastprofessur an der Universität Istanbul angetreten.

**Frankfurt:** Privatdozent Dr. rer. nat. August Ried (Botanik) nimmt vom Oktober 1964 bis April 1965 eine Tätigkeit als Gastforscher am Carnegie Institute in Stanford/Kalifornien wahr.

**Heidelberg:** Prof. D. theol. Hans-Werner Gensichen (Religionsgeschichte und Missionswissenschaft) wurde eingeladen, im Herbst 1965 in den USA die Knubel-Miller-Vorlesungen über Theologie der Mission zu halten.

**Marburg:** Dozent Dr. rer. nat. Martin Klingenberg (Physiologische Chemie) wurde im WS 1964/65 zu Gastvorlesungen nach Amsterdam eingeladen. — Prof. Dr. rer. nat. Egon Riechert (Mathematik) wurde von der Syracuse University New York ein Lehrstuhl mit Beginn des akademischen Jahres 1965/66 angeboten. — Prof. Dr. Kurt Starke (Kernchemie) hat eine Einladung der University of Kentucky/USA angenommen und hält dort in den Monaten November und Dezember 1964 Gastvorlesungen.

## GEBURTSTAGE

**Aachen:** Prof. Dr. phil. Johannes Christ (Kunstgeschichte) vollendet am 19. 12. sein 80. Lebensjahr.

**Bonn:** Prof. Dr. med. Dr.-Ing. Wilhelm Dirscherl (Physiologische Chemie) vollendete am 26. 11. sein 65. Lebensjahr.

**Göttingen:** Prof. Dr. med. Rudolf Ehrenberg (Physiologie) vollendete am 19. 11. sein 80. Lebensjahr.

**Köln:** Prof. Dr. med. Albert Schürmeyer (Innere Medizin) vollendete am 30. 11. sein 65. Lebensjahr.

**Marburg:** Prof. Dr. phil. Maximilian Krafft (Reine und angewandte Mathematik) vollendete am 3. 11. sein 75. Lebensjahr.

**Saarbrücken:** Prof. Dr. phil. Hugo Josef Seemann (Metallphysik und Metallkunde) vollendete am 24. 11. sein 65. Lebensjahr.

## TODESFÄLLE

**Bonn:** Prof. Dr. phil. Dr. rer. pol. h. c. Erwin von Beckerath (Wirtschaftliche Staatswissenschaften) verstarb am 24. 11. im Alter von 76 Jahren.

**Karlsruhe:** Prof. Dr.-Ing. Walter Barth (Strömungstechnik und Flugzeugbau) verstarb am 9. 11. im Alter von 63 Jahren.

9. 12.

**Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen.** Prof. Dipl.-Ing. Dr. Herbert Trenkler: Entwicklungstendenzen im Eisenhüttenwesen. (Österr. Rdf. II, 17.15).

**Aus Wissenschaft und Forschung.** (Deutschlandfunk, 17.30).  
**Hochschulnachrichten.** (Saarl. Rdf. II, 17.55).

10. 12.

**Aus Wissenschaft und Forschung.** (Deutschlandfunk, 10.10).  
**Bildungsfragen der Gegenwart.** Der Pädagoge Friedrich Wilhelm Foerster, ein Stück moderner Geistesgeschichte. Man.: Prof. Dr. Hans Meyer. (Hess. Rdf. II, 17.15).

**Zeitfunk aus Forschung und Technik.** (SWF/UKW II, 17.45).

**Die Vorlesung.** Prof. Dr. Arkadius Gurland/Darmstadt: Gesellschaftliche Umschichtung in den letzten 100 Jahren. (Hess. Rdf. II, 20.15).

**Das kranke Herz** (11). Psychische Wirkungen auf Herz und Kreislauf. Von Prof. Dr. Herbert Hensel/Marburg. (SDR/UKW II, 21.00).

**Aus Wissenschaft und Technik.** Die wöchentliche Umschau. (SDR/UKW II, 21.30).

**Aus der Geschichte der Slawen.** Prof. Dr. Werner Philipp/Berlin: Rußlands Verhältnis zu Osteuropa seit dem 17. Jahrhundert. (Radio Bremen II, 21.30).

**Internationale Rundfunk-Universität.** 1. Indisches Dorfleben. In früherer Zeit. Von Baldoon Dhingra/Paris. — 2. Der zeitgenössische Roman: Österreich. Geschichte und Gegenwart. Von Dr. Joseph Strelka/Wien. — 3. Die Mönchsrepublik Athos. Der Kontrast zur Welt. Von Kostis Bastias/Athen. (Hess. Rdf. II, 22.00).

**Aus dem Hochschulleben.** Kommentare und Berichte. (SDR/UKW II, 22.40).

11. 12.

**Die Internationale Radiouniversität.** Philosophische Strömungen der Gegenwart (4). Univ.-Prof. Dr. Jürgen von Kempki/Münster: Versuche zu einer neuen Ontologie. (Österr. Rdf. II, 14.35).

**Aus Naturwissenschaft und Technik.** (WDR, 17.20).

**600 Jahre Universität Krakau.** Eine europäische Ring-sendung aus Krakau, Oxford, Paris, Rom und Wien. (Österr. Rdf. II, 20.25).

**Die Universität.** Prof. Dr. Eugen Ewig: Geschichte als Lehrmeisterin des Lebens. (SWF/UKW II, 23.00).

12. 12.

**Aktuelle Naturwissenschaft.** Hoimar von Dithfurth berichtet aus Forschung und Technik. (SFB II, 11.15).

13. 12.

**Lebendige Wissenschaft.** Prof. Dr. Ernst Benz/Marburg: Die Ideen des Teilhard de Chardin. (SDR, 10.05).

**Die Aula, die Stunde der Universitäten.** Prof. Gustav Siewerth: Über das Wesen der menschlichen Sprache. (SWF, 10.20).

14. 12.

**Die Internationale Radiouniversität.** Philosophische Strömungen der Gegenwart (5). Univ.-Prof. Dr. Jürgen von Kempki: Versuche zu einer neuen Ontologie (2). (Österr. Rdf. II, 14.35).

**Aus Wissenschaft und Technik.** Was ist Mikrobiologie? Ein Interview mit Dr. Fred Hahn. (NDR II, 19.35).

**Kongreßbericht.** 1. Nordwestdeutsches Chirurgentreffen. — 2. Tagung der Urologen. (Deutschlandfunk, 22.00).

15. 12.

**Deutsche Forschungsinstitute und Museen.** (V.) Schiller-Nationalmuseum zu Marbach. (Saarl. Rdf. II, 18.45).

**Wissenschafts-Notizen.** (Radio Bremen II, 21.05).

**Das Salzburger Nachtstudio.** Der Mensch im Kosmos. Univ.-Prof. Dr. Alois Guggenberger/Gars: Weltverständnis und christliches Heil nach Teilhard de Chardin. (Österr. Rdf. II, 22.15).

16. 12.

**Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen.** Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Waldstein: Über das Problem von Recht und Gerechtigkeit. (Österr. Rdf. II, 17.15).

**Aus Wissenschaft und Forschung.** (Deutschlandfunk, 17.30).

**Energie, Grundlage allen Seins.** (5.) Die Energie im atmen Geschehen. Gespräch zwischen Univ.-Prof. Werner Braunbek und A. G. Richter. (SWF, 17.30).

**Hochschulnachrichten.** (Saarl. Rdf. II, 17.55).

**Das Abendstudio.** Prof. Dr. Karl Jaspers: Kleine Schule des philosophischen Denkens. (12.) Tod. (Bayer. Rdf. II, 19.30).

**Lebendiges Hellas — Das Erbe der griechischen Antike** (13). Prof. Dr. Harald Reiche: Alexander und der Hellenismus. (Bayer. Rdf. Studienprogramm, 20.15).

**Der menschliche Körper** (13.) Prof. Dr. Hans Schaefer: Die Leib-Seele-Problematik. (Bayer. Rdf. Studienprogramm, 20.45).

**Kleine Schule des philosophischen Denkens** (13). Prof. Dr. Karl Jaspers: Die Philosophie in der Welt. (Bayer. Rdf. Studienprogramm, 21.40).

17. 12.

**Forscher zu Gast.** Gespräch mit Dr. Laszlo Vaskovics über die soziale Mobilität in der industriellen Gesellschaft. (Österr. Rdf. II, 17.15).

**Zeitfunk aus Forschung und Technik.** (SWF/UKW II, 17.45).

**Als Student in Moskau.** (Hess. Rdf. II, 20.05).

**Die Vorlesung.** Prof. Dr. Arkadius Gurland/Darmstadt: Masse, Atomisierung und Politik. (Hess. Rdf. II, 20.15).

**Bildung und Gesellschaft** (5). Begabungsreserven. (Bayer. Rdf. Studienprogramm, 20.15).

**Neues aus der Wissenschaft.** (Hess. Rdf. II, 20.45).

**Das kranke Herz.** Prof. Dr. Paul Tillich/Chicago: Heil und Heilen. (SDR/UKW II, 21.00).

**Die Relativitätstheorie.** (IV.) Die allgemeine Relativitätstheorie und der Kosmos. Von Dr. Hans Hartmann. (Saarl. Rdf. II, 21.15).

**Aus Wissenschaft und Technik.** Die wöchentliche Umschau. (SDR/UKW II, 21.20).

**Aus Hörsaal und Labor.** Die Sendung der Universität. (Österr. Rdf. I/Tirol, 21.30).

**Forum der Wissenschaft.** Dr. Reimar Lüst: Die gegenwärtigen Probleme der Weltraumforschung. (Radio Bremen II, 21.30).

**Internationale Rundfunk-Universität.** 1. Veränderliche Sterne und Doppelsterne. Strahlungsschwankungen — Von Dr. Laszlo Detré/Budapest. 2. So schnell wie das Licht. Die Durchforschung des Spektrums; Infrarot — Von Prof. David Ingram/Keele. 3. Der zeitgenössische Roman: Österreich. Die Nachkriegsgeneration — Von Dr. Joseph Strelka/Wien. (Hess. Rdf. II, 22.00).

18. 12.

**Die Internationale Radiouniversität.** Philosophische Strömungen der Gegenwart (6). Dr. Kurt Lenk/Marburg: Philosophie und Gesellschaftstheorie. (Österr. Rdf. II, 14.35).

19. 12.

**Sport und Gesellschaft.** (4.) Sport und Volksgesundheit. Man.: Prof. Dr. Herbert Reindell. (SFB II, 11.00).

**Aktuelle Naturwissenschaft.** Alexander Marfeld berichtet aus Forschung und Technik. (SFB II, 11.15).

**Hochschule heute.** Themen und Perspektiven. (SFB II, 11.30).

**Kulturpolitischer Kommentar.** Von Prof. Dr. Hans Wenke/Hamburg. (NDR II, 21.05).